

Vorarlberger Landtag.

7. Sitzung

am 3. Oktober 1913

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmannes Adolf Rhomberg.

Gegenwärtig 25 Abgeordnete. - Abwesend der Herr Abgeordnete Ignaz Rüschi.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Hofrat Rudolf Graf von Thun - Hohenstein.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

Landeshauptmann: Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

(Sekretär Wachter verliest dasselbe.)

Hat jemand zur Fassung des Protokolles, das soeben verlesen worden ist, eine Bemerkung zu machen? -

Wenn das nicht der Fall ist, so erkläre ich dasselbe für genehmigt.

Ich habe dem hohen Hause die Mitteilung zu machen, daß der Herr Abgeordnete Rüschi gestern seine Abwesenheit von der heutigen Sitzung wegen unaufschiebbaren Berufsgeschäften, beziehungsweise wegen einer notwendigen Reise mir mitgeteilt hat, was ich bitte zur Kenntnis zu nehmen.

Ferner habe ich die Mitteilung zu machen, es wurde in einer früheren Sitzung ein Gesuch des Landesvereines gegen Mißbrauch geistiger Getränke dem Petitionsausschusse zur Vorberatung zugewiesen. Inzwischen hat sich bei Prüfung der Akten ergeben, daß der hohe Landtag diesem Vereine gegenüber in letzter Session den Landesausschuß ermächtigt hat, für die Dauer der Landtagsperiode eine bestimmte jährliche

Subvention zu gewähren. Infolgedessen ist dieses Gesuch gegenstandslos, weil das hohe Haus bereits früher einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat und wird daher der Petitionsausschuß ex praesidio von der Berichterstattung entbunden.

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung und zwar zunächst zum

Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabschluß des Lehrerpensionsfonds pro 1912.

Berichterstatte des Finanzausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Walter, ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

Walter: Hohes Haus! Der k. k. Landesschulrat für Vorarlberg hat dem Landesausschusse den Rechnungsabschluß des Vorarlberger Lehrerpensionsfonds pro 1912 zur Vorlage an den Landtag übermittelt. Dieser Rechnungsabschluß weist an Einnahmen auf K 58.971-- und an Ausgaben K 158.997'77; es ergibt sich daher ein Abgang von K 100.026 77,

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

der durch Zuschuß des Landesfonds als gedeckt erscheint.  
Das Vermögen des Fonds Mief sich am Ende des  
Rechnungsjahres auf K 251.121 85

Der Finanzausschuß hat den vorgelegten Rechnungsabschluß  
geprüft und für richtig befunden und stellt  
daher den Antrag.

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"Der Rechnungsabschluß des Vorarlberger  
Lehrerpensionsfonds pro 1912  
wird genehmigend zur Kenntnis genommen."

Ich ersuche das hohe Haus, dem Antrage des  
Finanzausschusses die Zustimmung zu geben.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht  
und gestellten Antrag die Debatte. -

Wenn niemand sich zum Worte meldet, so bringe  
ich den Antrag selbst zur Abstimmung. Er lautet:  
(Liest obigen Antrag.)

Ich ersuche alle jene Herren, welche dem Antrage,  
wie Sie ihn soeben gehört haben, die Zustimmung  
geben wollen, sich gefälligst von ihren -sitzen zu  
erheben. -

Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Punkte unserer  
Tagesordnung, zum

mündlichen Berichte des volkswirtschaftlichen  
Ausschusses über den Jahresbericht  
der Landeshypothekenbank pro  
1912.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr  
Abgeordnete Dr. Konzett, ich erteile ihm das Wort.

Dr. Konzett: In der dritten Sitzung des  
Vorarlberger Landtages vom 24. September 1913  
wurde der XIV. Jahresbericht der Landeshypothekenbank  
dem volkswirtschaftlichen Ausschüsse zur Berichterstattung  
zugewiesen. Dieser erstattet nun folgenden  
Bericht.

Vom Jahre 1911 verblieben zur Erledigung 76  
Gesuche mit K 455.800'-, welche zur Durchführung  
und Auszahlung gelangten. Neun Gesuche kamen  
nicht zur Erledigung. Der Stand der Hypotheken

betrug mit Ablauf des Jahres 1911 3641 im  
Betrage von K 17,200.475 40. Im Jahre 1912  
erhöhte sich die Zahl der Hypotheken auf 3716 im  
Betrage von K 17,651.933 81. Es sind 19435  
Stück Pfandbriefe der Anstalt im Normalwerte von

K 17,816.800"- im Umlaufe. Der Tilgungsfonds  
Mief sich am Ende des Jahres 1912 auf K 164.866 19  
und der Reservefonds auf K 154.238 05. Die Rechnung  
des Jahres 1912 weist ein Umsatzkapital auf  
von K 33,822.606-47. Der Gewinn beziffert sich  
auf K 7.616 67. Der Geschäftsumfang war durch  
die Geldverhältnisse des Jahres beeinflusst. Die Geschäftsführung  
der Hypothekenbank ist vollkommen  
korrekt und entspricht den allgemeinen und besonderen  
Vorschriften. Infolgedessen stellt der volkswirtschaftliche  
Ausschuß den Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"Der Rechnungsabschluß der Landeshypothekenbank  
pro 1912 wird zur genehmigenden  
Kenntnis genommen."

Landeshauptmann: Ich eröffne über den  
Bericht und den vom volkswirtschaftlichen Ausschusse  
gestellten Antrag die Debatte. -

Es meldet sich, wie es scheint, niemand zum Worte,  
deshalb kann ich zur Abstimmung schreiten über den  
Antrag, welcher lautet: (Liest obigen Antrag.)

Ich ersuche alle jene Herren, welche diesem Antrage  
ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von  
ihren Sitzen zu erheben. -

Angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.  
Der dritte Punkt unserer heutigen Tagesordnung ist  
der Bericht des volkswirtschaftlichen  
Ausschusses über die Eingabe des Volksvereines  
zur Bekämpfung der Tuberkulose  
in Sachen der Errichtung einer Tuberkulosem  
Heilstätte, Beilage 32 der stenographischen Protokolle.

Ich ersuche den Berichterstatter in dieser Angelegenheit,  
Herrn Professor Dr. Drexel, das Wort zu nehmen.

Dr. Drexel: Hohes Haus! Der Bericht und die  
Anträge befassen sich mit einer doppelten Angelegenheit  
und zwar einerseits mit der Frage der Errichtung einer  
Heilstätte im benachbarten Tirol, beziehungsweise der  
Unterstützung dieser Aktion, andererseits mit der Aktion  
zur Bekämpfung der Tuberkulose im Lande überhaupt.  
Ich glaube, zu den Ausführungen des Berichtes, der  
den Herren schon bekannt ist, nicht mehr viel beifügen  
zu müssen, das Wesentliche ist dort gesagt und eine  
ernste und durchgreifende Beratung über die Bekämpfung  
der Tuberkulose ist erst dann möglich, wenn wir genaues  
Ziffernmaterial über das Auftreten der Tuberkulose in  
Vorarlberg haben. Dies bildet die erste Grundlage

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode  
1913/14.

3

einer Beschlußfassung und es muß an dieser Stelle  
nun gerade über diese Arbeit ein Wort gesprochen  
werden.

Die Ziffern, welche an Tuberkulose ausgewiesen  
werden in einzelnen Städten, in Monatsberichten, in  
den amtlichen Zusammenstellungen der Quartalausweise,  
dann in den Jahresausweisen unserer Bezirkshauptmannschaften,  
sind gegenwärtig das einzige Material,  
das wir in dieser Beziehung haben. Dieses Material  
muß nun vorerst gesammelt werden und hat man dies  
einmal zur Verfügung, so wird es möglich sein,  
allmählich sich ein Urteil zu bilden, wieviel Wert diese  
Ziffern haben. Ich bin überzeugt, daß die eine oder  
die andere Gemeinde in den publizierten Ziffern eine  
Korrektur beweisen könnte und daß im Lande eine  
einheitliche Beurteilung der Tuberkulose als Todesursache  
erst dann durchgeführt werden kann, wenn die  
Ziffern öffentlich genau bekannt sind.

Es hat nun in letzter Zeit der Stadtarzt von  
Dornbirn in einer großen Versammlung sich speziell  
auf das Gebiet der Ziffern begeben und hat aus  
einem einzigen Jahre der Tuberkulose-Todesfälle in  
Dornbirn weitgreifende Schlüsse gezogen, Schlüsse in  
Bezug auf das Land, die vielleicht nicht gerade weit  
von der Wirklichkeit sein werden, nur grundsätzlich  
geht es nicht an, von einem Orte die Tuberkulose-Todesfälle  
eines Jahres zu nehmen und auf Grund  
dieser Tatsachen dann weit und breit Aufbauten zu  
machen. Noch viel weniger aber - denn da muß  
man jetzt, da wir daran gehen, im Lande eine einheitliche,  
gemeinsame, größere Aktion durchzuführen,  
sich schon dagegen wehren - geht es an, daß man  
die Ziffern unseres Landes mit denen des Auslandes  
ohne weiter< vergleicht - und ich will mit wenigen  
Worten begründen, warum es nicht angeht.

Die österreichische Todesursachennomenklatur kennt  
nur eine Rubrik für die Tuberkulose. Wir haben noch  
das alte Schema von: Jahre 1896. Bis zum Jahre  
1895 gab es überhaupt nur "Lungenschwindsucht";  
eine andere Tuberkulose erscheint bis 1895 nicht berücksichtigt.

Vom Jahre 1896 an faßte man zwar alle  
Tuberkulosen zusammen unter der Rubrik "Tuberkulose  
der Lungen und anderer Organe", aber damit haben  
wir die Differenz mit dem Auslande, welches ungefähr  
seit dem Jahre 1901 fast durchwegs die neue französische  
Nomenklatur eingeführt hat, wo wir drei  
Tuberkulosespezies aufgeführt finden, die Tuberkulose  
der Lungen, der Hirnhaut und der Eingeweide. Es

ist nun selbstverständlich, daß es nicht angeht, irgendeinen  
Vergleich mit dem Auslande zu ziehen, wenn

man nicht ganz genau weiß, wie das Ausland zählt und wie Vorarlberg. Bei dem Umstände, daß wir unter den Heilanstalten fast nur Lungenheilanstalten haben, - wir haben selten Heilstätten, die sich Tuberkulosenheilstätten nennen und die Hauttuberkulose und Knochentuberkulose aufnehmen, wir haben dort durchwegs Lungentuberkulose - finden wir in der Statistik des Auslandes die Ziffern meistens getrennt und in Verbindung mit diesen Heilanstalten vorherrschend die Statistik der Lungentuberkulose verfolgt. So lange es so ist, geht es nicht an, die Ziffern des Auslandes einfach zu vergleichen mit den Todesfällen in Vorarlberg, wo wir so verschiedenen Tuberkulosen auch tatsächlich finden. Man braucht nur die Kinder zu beobachten, die verhältnismäßig oft skrofulös sind, man hört, daß in einzelnen Gegenden stark die Knochentuberkulose vorherrscht, wodurch unsere Lungentuberkulosenziffer bedeutend eingeschränkt wird, in welchem Maße kann man erst dann sagen, wenn man darüber genaue Studien gemacht hat, wenn die Ärzte unter sich vereinbaren würden, daß bei der Todesursache genau spezifiziert wird, welche Tuberkulose es ist, und daß diese Daten, welche die Ärzte notieren, daß diese für die Totenbeschau die Unterlage bilden, um eine spezifizierte Tuberkulosenstatistik zu bekommen. Bis dahin ist jeder Vergleich, besonders mit dem Auslande unmöglich, außer man zählte alle drei Tuberkulosenarten zusammen - manche haben vier, die Stadt Berlin sogar 14. Auf alle Fälle ist es erst dann möglich, wenn wir auch bei uns spezifizierte Tuberkulosen-todesfälle haben.

Es ist direkt ein Verbrechen an der Statistik und dem Rufe unseres Landes, wenn man unter diesen angeführten Verhältnissen sagt, wenn wir zu Preußen gehörten oder zur Schweiz, würden in Vorarlberg so viele 100 Leute alljährlich nicht sterben. Das sind Irreführungen und die sind umso.schlimmer, wenn man noch jede Person mit K 800'- einschätzt und sagt, Vorarlberg hätte 21 Millionen Kronen mehr, wenn man gegen die Tuberkulose mehr getan hätte. (Hört! Hört!)

All das sei gesagt, damit wir, wenn wir jetzt daran gehen, diese Tuberkulosenfälle genau zu verfolgen, und wenn dann die Ziffern der Statistik in einer Anzahl von Orten aufrücken, uns wohl bewußt sind, daß Vorsicht und Zurückhaltung in der Beurteilung dieser Ziffern sehr notwendig ist.

4

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

In gleicher Weise haben wir in unserem Lande sehr viel kleine Orte. In diesen kleinen Orten mit 200 bis 300 Einwohnern braucht es nur eine kranke Familie, um die relative Ziffer stark in die Höhe zu treiben, um nach außenhin die Meinung zu wecken,

diese Gemeinde müsse viele Tuberkulose haben. Erst dann, wenn man diese Ziffern vergleicht mit der Größe der Gemeinde, kann man sehr oft ausrechnen, daß es sich vielfach nur um eine einzige Familie handelt.

Es wird hier besonders notwendig sein, daß man den Fehler nicht macht; es wird heute immer mehr als Fehler erkannt, daß man statistische Ziffern benutzt, um die Orte untereinander zu vergleichen. Die Ziffern einer Stadt haben den hauptsächlichsten Wert, daß sie zum Studium der eigenen Situation und zur Beurteilung über den Fortschritt oder Rückschritt in der Stadt verwendet werden können. Dort ist die gleiche Basis, die gleiche Gruppierung des Geschlechtes und Alters und dieselbe Situation der Industrie- und Wohnungs-Verhältnisse und in erster Linie wird diese Publikation dazu dienen, um eine Selbsterkenntnis der eigenen Situation zu fördern.

Es ist bestimmt nicht richtig anzunehmen, daß die Tuberkulose in Vorarlberg jährlich überall vorwärts schreite. Insoweit es möglich war, einzelne Statistiken durch mehrere Jahre zu verfolgen - man nimmt meistens 10 Jahre, um sich ein Urteil zu bilden - habe ich gefunden, daß in einigen Fällen ziemlich steigende Einwohnerschaft und gleichbleibende Zahlen der Tuberkulose waren, ein Beweis, daß die Tuberkulose zurückgeht. Man darf nicht nur die Ziffern des Jahres ansehen, man muß sie beständig in Vergleich bringen mit der betreffenden Einwohnerzahl. Dabei wird es notwendig, darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Gemeinde von auswärts sogenannte ortsfremde Kranke bekommt. Die ortsfremden Gestorbenen müssen selbstverständlich von den Toten des betreffenden Ortes in Abzug gebracht werden. Wenn ein Kranker an Tuberkulose in die Irrenanstalt kommt und dort an Paralyse stirbt, so ist die Tuberkulose, welche Mittodesursache war, vielleicht sogar mehr Todesursache als die Paralyse, doch nicht der Gemeinde Rankweil aufzuzählen. Ich glaube, in Gemeinden, wo Armenhäuser oder Versorgungshäuser sind, bei denen mehrere Gemeinden sich beteiligen, sind in Abzug zu bringen, die in krankem Zustande in die betreffende Anstalt kommen. Sind sie gesund gekommen und dann krank geworden, so gehören sie auf Rechnung der Gemeinde, in der sie starben. Es ist von diesem Standpunkte

aus ohne Zweifel, daß mancher Ort eine kleinere Ziffer bekommt, wenn die in Abzug kommen, welche nicht hergehören. In manchen Gemeinden würde es sehr interessant werden, wenn die bekanntesten Kreise, der Ortsgeistliche und der Arzt, festlegen würden, welches die Ursachen und Erscheinungen des Vorkommens der Tuberkulose in dieser bestimmten Gemeinde sind. Das läßt sich von der Zentralstelle aus nicht machen, es muß viele individuelle Arbeit geleistet werden und dann wäre es möglich, weil das Land

nicht so groß ist und sich leicht übersehen läßt, wenn fast alle an irgend einer Frage mitarbeiten würden, die die Orte selbst auch noch kennen, dann vielleicht wäre man imstande, eine deutliche, klare und verlässliche Statistik der Tuberkulose des Landes zu bekommen.

Run muß ich doch noch einen Satz zurückweisen, der gesprochen wurde knapp vor der heutigen Sitzung, der gesprochen wurde in einer großen Versammlung in Dornbirn, in welcher die vereinigten Krankenkassen den Beschluß gefaßt haben, sich an den Landtag zu wenden, er möge in der Sache der Tuberkulose etwas machen. Das Gesuch liegt hier, es ist sehr kurz gefaßt, umfaßt nur eine Seite, enthält nur den Satz, den wir alle kennen, daß die Tuberkulose in Vorarlberg sehr zahlreiche Opfer fordert und daß die Krankenkassen unter diesen Opfern selbstverständlich sehr leiden. Begreiflicherweise gehen diesem Tode immer sehr lange Krankheitsmonate, manchmal sogar mehrere Jahre voraus und die Krankenkassen werden dadurch materiell sehr geschwächt. Ein genauer Hinweis auf einzelne Fälle, ein statistisches Material ist in diesem Gesuche nicht angegeben, das Gesuch ist eine Arbeit von einer Viertelstunde. In dieser Versammlung wurde auch nach dem Berichte des Dornbirner Volksfreundes folgender Satz gesprochen: "zur Schande der hochmögenden christlichsozialen Machthaber im Lande müssen wir gestehen, daß unsere Zahl gerade anderthalbmal größer ist als jene Preußens."

Ich will nicht boshaft sein, aber doch kann ich die Antwort nicht unterlassen. Warum hat der Referent, der Arzt ist, der Stadtarzt ist und seit vielen Jahren schon in der Stadt ist, sich nicht schon längst mehr um die Tuberkulose gekümmert?

Warum hat er nicht schon längst seine Berufsgenossen animiert, welche in erster Linie berufen wären, ihre Beobachtungen über die Tuberkulose dem Landtage mitzuteilen, um Anregungen zu geben? Warum ist das alles nicht geschehen?

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

5

Ich muß aber, um den Fall ganz ins richtige Licht zu setzen, bemerken, daß im ganzen Lande bekannt ist, daß seit bald zwei Jahren Vorbereitungen im Gange sind, um eine große Aktion durchzuführen, daß hinsichtlich ganz bestimmter Pläne schon zwei Mal kleinere Beratungen im kleineren Kreise stattfanden, daß ein Gesuch bereits im Landtage lag, er möge diesen Fragen gegenüber Stellung nehmen. In dem Augenblicke erinnerte man sich daran, nichts getan zu haben und wirft rasch gegen den Landtag, da wo er daran gehen will, einige Steine, die nicht treffen, die es aber immerhin bedauerlich erscheinen lassen, daß sogar diese Aktion im Anfange parteipolitisch vergiftet

werden soll (Zwischenrufe: Leider!), was im Interesse der Sache sehr bedauerlich ist. Der Tod kennt keine Parteien, keinen Unterschied, keine Rücksicht und ich glaube auch, daß es sich nicht lohnt, dieses Elend, das damit zusammenhängt, parteipolitisch auszunützen.

Diese Bemerkungen wollte ich machen, um auf diesem Wege der Öffentlichkeit zu sagen, daß nicht allenfalls diese Rede und die Eingabe dieser Versammlung in Dornbirn es ist, welche den Landtag gezwungen hat, aus Furcht vor diesen Kreisen diese Aktion zu unterstützen, sondern sagen will ich, ehe die Herren aufstanden, sind wir aufgestanden, ehe die Herren beraten haben, waren wir schon fertig mit unseren Vorschlägen und ehe die Herren daran dachten, war das große Projekt einer Heilstätte und der Plan für eine Aktion im Lande Vorarlberg reif und auf dem Papier. Das muß an dieser Stelle gesagt werden.

Und nun, meine sehr geehrten Herren, empfehle ich ganz kurz mit der Begründung des Berichtes die Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die dreierlei Art sind.

Erstens wir wollen eine Heilstätte in Brixen unterstützen aus dem Grunde, weil wir keine im Lande besitzen, nicht einmal ein Projekt für eine solche besteht und weil wir wissen, wieviele Vorarbeiten ein solches Projekt verlangt, wieviel Geld es braucht und wie schwierig es ist, in einem so kleinen Land wie Vorarlberg ein solches Unternehmen durchzuführen. Es ist klar, Naß das nicht von heute auf morgen zu machen ist.

Ich habe mich schon für mehrere Vorarlberger bemüht, in einer österreichischen Heilstätte Unterkunft zu bekommen und habe erfahren, wie schwer es ist und weiß, wie voll die Anstalten alle sind. Wir haben nun Gelegenheit, in einer Heilstätte, welche im nächsten Jahre in Angriff genommen wird, für Vorarlberg

15 Betten zu sichern und das macht unter der Voraussetzung, daß der durchschnittliche Aufenthalt der Kranken 3 Monate beträgt im Jahre 60 Kranke aus. Es wäre dadurch die Möglichkeit geboten, in einer Heilstätte bei Brixen 60 Kranke unseres Landes pro Jahr unterzubringen, immerhin ein Fortschritt in unserer Aktion, wenn diese 15 Betten ausgenützt werden, was ich nicht bezweifle, wenn es eine Volksheilstätte wird, die grundsätzlich niedrige Tarife führt. Es würde in wenigen Jahren gerade in jenen Kreisen, wo die Tuberkulose vorkommt, Leute geben, die gelernt haben, wie man sich verhält, wenn die Tuberkulose bereits in der Familie ist- Denn die Tuberkulose ist eine Krankheit, die man nicht mit Medizin heilen kann, sondern mit einer ganz bestimmten Diät, die den Vorteil hat, daß sie sehr einladend lautet: Viel essen, sich gut nähren, viel ruhen.



Wir haben uns aber doch auch vor Augen gehalten, daß eine eigene Anstalt im Lande große Vorteile hätte, hauptsächlich auch den Vorteil, daß der klimatische Unterschied zwischen Tirol und Vorarlberg dann nicht so groß wäre. Die Plose bei Brixen wird an schönen Tagen, besonders im Sommer, ein derartig mildes Klima ausweisen, daß Vorarlberger, die von dort heimkommen, Wochen hindurch sehr acht geben müssen, um sich nicht einen frischen Katarrh zuzuziehen und vielleicht wird er eine Zwischenstation machen müssen, wie man das immer macht, wenn man von südlichen Gegenden nach Norden ziehen muß.

Ich bin mir bewußt, daß eine Anstalt in Vorarlberg manche Vorteile hätte gegenüber einer anderen, die unter ungleichartigen klimatischen Verhältnissen steht und direkt ideal ist, und deswegen sagen wir auch, wenn wir im Lande selbst Vorbereitungen treffen, um eine eigene Heilstätte zu bauen, nach unserer Auffassung ohne Luxus eingerichtet für die Praxis und um allen Kreisen den Aufenthalt zu ermöglichen, also möglichst billig, dann muß dieser Beitrag, den wir geben und für den wir Sicherheit fordern, wieder zurückfließen ins Land. Sollte ein Teil dieser Garantie in diesem Falle verbraucht sein, dann wird das Land sich an diesem Abgange entsprechend den 15 Betten mit 15% beteiligen. Wir werden uns also dann für alle Zeiten einige Betten sichergestellt haben.

Der zweite Antrag geht darauf hinaus, daß der Landesausschuß die Veranstaltung einer Sammlung von möglichst verlässlichen Ziffern in die Hand nimmt und auf Grund des Materiales, das, wenn ich so sagen soll, das Gerippe ausmacht und aus dem, welches

6

7. Sitzung des Vorarlberg< Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

heute schon die Bezirkshauptmannschaften zur Verfügung stellen, der Frage nachgeht: In welchem Alter und welchem Berufe trifft man hauptsächlich Todesfälle an Tuberkulose. Leute, welche mit 60 Jahren oder vielleicht noch mehr an Tuberkulose sterben, dürfen wir in Bezug auf Tuberkulose Todesfälle ruhig ausscheiden, d. h. ihre Ziffer hat nicht den Wert, wie die der Tuberkulose der Jugendlichen zwischen 20 und 30 Jahren oder die Ziffer der Tuberkulose der Kinder. Heute kann man meinen, was man will; der eine kennt vielleicht unter den vielen an Tuberkulose verstorbenen seiner Umgebung zwei oder drei Personen, die 60 oder 60 Jahre alt sind und hat das Empfinden, daß in diesen Ziffern unseres Landes viele alte Leute sind und wenn er diesen Satz behauptet, kann niemand das Gegenteil beweisen. Der andere hat in seiner Umgebung eine Reihe von jungen Leuten sterben gesehen und hat das schwer empfunden. Man kann dem anderen wieder nicht seine Meinung beweisen oder ihm widersprechen; da helfen nur Ziffern und

diese sollen wir uns verschaffen durch gute Statistik und durch Auskunft darüber, wo die Tuberkulose steckt. Da sagt man z. 33., daß der Bregenzerwald auffallend stark mit Tuberkulose durchsetzt sei. Tatsächlich weist der Bregenzerwald noch die besten Ziffern auf. Freilich wenn ich daran denke, daß dort herrlich gelegene Berggemeinden sind, in Wiesen und Wald eingebettet, so könnte man der Meinung sein, daß da die Gesundheit zu Hause sein sollte. Immerhin werden da auch die Ziffern manches klar stellen, auch der Einblick, wie es in Stickergemeinden ausschaut, in Gemeinden, welche ganz von der Stickerlei- leben. Auch da haben wir viel zu wenig Anhaltspunkte; da wird ohne Zweifel die Statistik eine Reihe von Anregungen geben, welche nicht etwa hier sofort verwendet werden sollen, sondern die dem Volke gehören, die allen gehören, die es angeht, allen, die daran beteiligt sind, vom Gemeindevertreter bis zum Fannlienleiter, Anregungen, in gleicher Weise der Tuberkulose die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

3. Soll der Landesausschuß mit jenen Kreisen, welche heute bereits eine Hilfsaktion eingeleitet haben, sich in Verbindung setzen, diese Kreise fördern, eine allgemeine Sammlung im Lande unterstützen, Fürsorgestellen schaffen, Kranken, die in eine solche Heilstätte gehen müssen, dies durch Unterstützung ermöglichen.

Besonders weise ich auf diesen Teil des Berichtes hin, auf die Gutachten von Fachleuten, welche sagen, es sei ein Fehler zu glauben, mit der

Errichtung einer Heilstätte alles gemacht zu haben. Die Heilstätte wird einen kleinen Teil treffen, sie wird meist auch Leute bekommen, welche schon länger unter Tuberkulose leiden. Die Fürsorgestellen müssen kommen in kleinen Gebieten, in Städten, Gerichtsbezirken, müssen dort suchen, alles, was Tuberkulose heißt, wahrzunehmen, Familien, die heute noch gesund sind, aufmerksam zu machen, daß in ihrer Gegend oder ihrem Kreise Tuberkulose häufig auftritt; auch diese Kreise sind aufzuklären. Wir haben heute wieder vielmehr die Impfung mit Tuberkulin und nun liegt es hauptsächlich bei den Ärzten, daß sie energisch eingreifen, in erster Linie die Führung übernehmen, in den Fürsorgestellen mitarbeiten, um die Aktion im Lande durchzuführen.

Dies sind die drei Anträge, von welchen der volkswirtschaftliche Ausschuß glaubt, daß sie augenblicklich das bringen, was gebracht werden kann; Detailabsichten sind unmöglich, weil man den Weg noch nicht kennt, den man geht und weil man noch nicht weiß, auf welches Gebiet man sich hauptsächlich verlegen muß. Es wird eine weitere Arbeit diese Aufklärung bringen und dann wird der Landesausschuß Gelegenheit haben, sich weiter mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme der Anträge, die lauten:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"1. Der Landesausschuß wird ermächtigt, dem Volksvereine zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg als Beitrag zum Sicherheitsfonds einer bei Brixen zu errichtenden Heilstätte einen Betrag von K 30.000'- zu garantieren für den Fall des Bedarfes und unter der Voraussetzung, daß die Garantie erlöscht oder der bezahlte Beitrag dem Lande zurückerstattet wird, wenn im Lande eine eigene Heilstätte durch das Land oder mit dessen Hilfe errichtet werden sollte.

Sollte ein Teil des Sicherheitsfonds zur Deckung der Gebarungsabgänge in jenem Zeitpunkte verwendet worden sein, so würde das Land 15 % dieser Abgänge tragen.

2. Der Landesausschuß wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu tun, um eine Tuberkulosenstatistik der letzten 12 Jahre zu erhalten.

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

7

Hier möchte ich bemerken, daß man deshalb 12 Jahre genommen hat, um ein Jahrzehnt, nämlich von 1901-1910 für sich umfassen zu können und dann die weiteren zwei Jahre, wie sie bereits abgeschlossen vorliegen.

3. Der Landesausschuß wird beauftragt, die Durchführung einer eigenen Hilfsaktion und zunächst eine Sammlung von Beiträgen im Lande zu fördern zwecks Gründung von Fürsorgestellen und zur Unterstützung mittelloser Kranker, welche den Aufenthalt in einer Heilanstalt dringend benötigen."

Landeshauptmann: Indem ich die Debatte über Bericht und die vom volkswirtschaftlichen Ausschuß gestellten Anträge eröffne, erteile ich zunächst das Wort Seiner bischöflichen Gnaden, die schon vorher sich gemeldet haben.

Bischof Dr. Sigmund Waitz: Hohes Haus!  
Die vorliegenden Anträge geben mir Gelegenheit, das Wort zu ergreifen und in wärmster Weise die Anträge zu befürworten. Da es das erstemal ist, daß ich hier spreche, so erachte ich es für meine Pflicht, für die

freundliche Begrüßung, die mir hier zuteil geworden ist, wärmstens zu danken. Ich halte es für eine große Ehre, in einem Landtage mitzuarbeiten, dessen einmütige, geordnete, zielbewußte und ersprießliche Arbeit von Allerhöchster Stelle des öfteren uneingeschränktes Lob erfahren hat. Es ist ein umso erfreulicheres Bild geordneter Tätigkeit, je trostloser sich die Verhältnisse in anderen Landtagen gestalten.

Wenn ich zu diesen Anträgen das Wort ergreife, so soll das auch bekunden, daß ich neben den Schulfragen besonders den sozialen und caritativen Angelegenheiten, der Armen- und Krankenfürsorge, der Fürsorge für Waisenkinder und verwahrloste Kinder mein besonderes Augenmerk zuwenden will, das umsomehr, als es Angelegenheiten sind, die dem Vertreter der Kirche gewiß am nächsten stehen sollen und andererseits politischen Differenzen am meisten entrückt sind. - Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich ein doppeltes bemerken. Fürs erste möchte ich sprechen über die Bekämpfung der Tuberkulose in Vorarlberg überhaupt und zweitens über die besondere Aktion der Errichtung einer Volksheilstätte in einem Höhenkurorte, der den Namen "Palmschoß" erhalten soll. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist in Anbetracht der Größe des Übels

eine Notwendigkeit und deshalb eine ernste Pflicht und da sind ersprießliche Erfolge nur dann zu erzielen, wenn alle Kreise der Bevölkerung mitarbeiten. Es ist deshalb eine Pflicht, die verschiedensten Kreise zu einer einmütigen Tätigkeit aufzurufen.

Hohes Haus! Die Tuberkulose ist nicht blos in Vorarlberg sehr weit verbreitet, sondern auch in Tirol und wenn man die Frage erhebt, warum in Vorarlberg nicht früher eine größere Aktion eingeleitet wurde zur Bekämpfung der Tuberkulose, so könnte man diese Frage auch für andere Kronländer erheben. Wir haben in Österreich nur zwei eigentliche Volksheilanstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose, Alland bei Wien und Hörgas in Steiermark, trotzdem man sagen muß, daß in manchen Kronländern, wo viel Industrie ist, die Tuberkulose viele Opfer fordert. Warum nun ist man nicht früher in Tirol und Vorarlberg darangegangen, die Tuberkulose zu bekämpfen?

Ich glaube, man ist in den weitesten Kreisen von einem gewissen Optimismus beherrscht gewesen; man hat sich selbst nicht eingestehen und nicht einsehen wollen, daß in unseren Alpenländern eine solche Volkskrankheit bestehen soll. Ich bin an dieser Angelegenheit seit zwei Jahren beteiligt und das erstmal habe ich Näheres erfahren durch den Herrn Statthaltereirat Dr. v. Kutscher, der einen statistischen Nachweis erbracht hat über die Tuberkulose in den verschiedenen Ländern. Da habe ich mich darüber ganz erstaunt, daß in Tirol und Vorarlberg eine solche Zunahme an Todesfällen infolge Tuberkulose möglich sein soll? Man ist erst in letzter Zeit aufmerksam geworden auf diese Verhältnisse. Gewiß hat auch die Fluktuation der Bevölkerung

dazu beigetragen, daß in manchen Gegenden gewiß viel mehr Tuberkuloserkrankungen und Todesfälle vorgekommen sind, als es in früherer Zeit der Fall war.

Ich möchte an dieser Stelle hier auch nicht verschweigen, daß ein großes Kontingent von Todesfällen infolge der Tuberkulose in Tirol wie in Vorarlberg die die Krauten pflegenden Frauenorden beistellen. Bei den barmherzigen Schwestern und bei den Kreuzschwestern ist die Sterblichkeit eine sehr hohe infolge Überanstrengung, weil sie viel zu sehr in Anspruch genommen sind und sich nicht erholen können. Um dies darzutun, weise ich nach den Ausführungen des Herrn Statthaltereirates Dr. v. Kutschera daraufhin, daß die Sterblichkeit bei den barmherzigen Schwestern derzeit so groß ist, wie sie vor 30 Jahren in den

8

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

Strafanstalten Österreichs war und das ist ein Umstand der das Bild dieser Statistik irgendwie beeinflußt. Ferner glaube ich, man ist in unserem Lande durchaus nicht klar gewesen über die Möglichkeit, eine Volksheilstätte mit ersprießlicher Tätigkeit zu errichten. Man hat geglaubt, daß die Verpflegung in Heilanstalten, besonders in Höhenkurorten ein Privilegium der besser situierten Stände sei, aber daß es möglich sei, einen Höhenkurort als Volksheilstätte mit entsprechend billigen Verpflegungsgebühren einzurichten, an das hat man bisher wirklich nicht gedacht. Jetzt geht man nun daran, eine Volksheilstätte zur Bekämpfung der Tuberkulose an einem Höhenkurorte zu errichten und es ist Aussicht vorhanden, daß dieses Werk gelingen wird und deshalb spreche ich von diesem Projekte, von der Errichtung einer Heilstätte auf der sogenannten Palmschoß in der Nähe von Brixen.

Hohes Haus! Der Gedanke, in Tirol und speziell in Südtirol eine solche Heilstätte zu errichten, ist ausgegangen von zwei Persönlichkeiten, dem Herrn Sanitätsreferent Statthaltereirat Dr. v. Kutschers und dem Herrn Ministerialrat Dr. v. Haberler, Sanitätsreferent im Ministerium des Innern, der früher Sanitätsreferent für Tirol und Vorarlberg war. Herr Statthaltereirat Dr. v. Kutschera ist der Mann, der in Steiermark die Anstalt in Hörgas ins Leben gerufen und die reiche Erfahrung, die er dort gesammelt, in Tirol und Vorarlberg zur Verfügung gestellt hat. Er nützt sie aus, um dieses Werk hier in unserem Lande fortzusetzen.

Es sind zwei Jahre her, da fragte Herr Statthaltereirat Dr. v. Kutschera mich gelegentlich einer Konferenz, ob ich nicht in der Gegend von Brixen oder südlich vom Brenner überhaupt ein Gebiet wisse, das mindestens 1400 m hoch liege und eine Südlage oder Südsüdwestlage ausweise, wo man eine

Heilanstalt für Lungenkranke errichten könne. So lautete die Frage; er sagte auch, das Gebiet müsse leicht zugänglich und durch die Bahn erreichbar sein. Ich verwies auf das Plosegebiet und das Plosebahnprojekt und sagte, da droben würde eine Stelle sein und da kamen eines Tages Herr Statthaltereirat Dr. v. Kutschera mit dem Herrn Ministerialrat von Haberler und sagte: Jetzt zeigen Sie uns dieses Gebiet.

Ich möchte hier noch eine Persönlichkeit erwähnen, die an dem Projekte sehr beteiligt ist, den Herrn Magistratsrat Goldiner von Brixen, Mitglied des Alpenvereins, der das Gebiet außerordentlich gut kennt und durch Herrn Dr. von Guggenberg aufmerksam

gemacht wurde, daß für ein Sanatorium am Abhänge der Plose ein günstiges Terrain sei. Wir sind nun da hinauf gewandert, aber die beiden Herren, Herr Statthaltereirat Dr. von Kutschera und Herr Ministerialrat von Haberler, waren bereits voreingenommen für einen anderen Platz, denn sie hatten einige Tage vorher ein Gebiet im Villnössertal besichtigt. Dort ist ein ärarischer Wald und ein reiches Quellengebiet. Wie wir sie herumführten im Plosegebiet, sagten sie, das andere Gebiet sei schöner.

Dann kam auch noch eine andere Aktion, die diesem Projekte hinderlich war. Die Ärzte in Meran haben die Notwendigkeit eines Höhenkurortes gleich erkannt und gleich davon Gebrauch gemacht und die Kurvorstehung von Meran hat sich mit aller Gewalt bemüht, diese Aktion nach Meran zu ziehen. Sie sagten, sie würden eine Bahn bauen auf das Haflingergebiet und dort oder am Jaufenabhänge eine Heilstätte errichten. Dadurch kam es, daß das Projekt in der objektivsten Weise geprüft wurde.

Wir gaben in Brixen nach dem ersten Besuche die Hoffnung fast ganz auf, daß auf dem Palmschoßgebiete etwas geschehen werde. Da kam einige Tage vor Weihnachten 1911 ein Brief von Herrn Statthaltereirat Dr. v. Kutschera, in dem es hieß: Villnöß ist ausgeschlossen; in diesem Tale ist viel zu wenig Sonne; dieselbe scheint dort nur 4 Stunden, da die Dolomiten zu nahe sind. Man solle angeben, wieviel Sonnenschein es auf Palmschoß im Winter gebe. Wir konnten zurückberichten, daß dort 8 Stunden lang Sonnenschein sei und das hat den Ausschlag gegeben, die Aufmerksamkeit auf Palmschoß zu richten. Seit jener Zeit sind beständig Untersuchungen gepflogen, Verhandlungen geführt und das Projekt durchstudiert worden.

Es war am 1. Jänner 1912, daß die erste Verhandlung mit der Gemeinde Äsers geschah. An diesem Tage bekamen wir die erste Zusicherung ein großes Waldgebiet zu ziemlich günstigen Preisen zu erhalten. Äsers hat umsomehr zugestimmt, weil es so hoffen

konnte, ärztliche Hilfe ins Tal zu bekommen. Es stellte sich nach und nach immer mehr Interesse ein und im Laufe des Jahres 1912 waren die Grundkäufe soweit vollzogen, daß nahezu das ganze Gebiet gesichert erschien. In diesem Jahre kam auch der Herr Statthalter, Se. Exzellenz Freiherr von Spiegelfeld, der in lebhafter Weise das ganze Unternehmen unterstützte, in das Gebiet, ferners verschiedene Kommissionen und Universitätsprofessoren von Innsbruck

V. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

und Wien und dann ging man daran, Apparate aufzustellen, und zwar selbstregistrierende Apparate für Sonnenbestrahlung und um die Windverhältnisse genau darzustellen. Statthaltereirat Dr. v. Kutschera stellte folgende Forderungen auf:

Das Gebiet müsse:

1. leicht erreichbar sein,
2. viel Besonnung haben,
3. Schutz vor Stürmen und heftigen Winden gewähren und eine gleichmäßige Temperatur ausweisen. Die Tauwetter-Einbrüche müssen fehlen, denn die Zeit der Schneeschmelze ist die heikelste, ist die kritischste Zeit für die Kranken. Im tiefen Winter sind die Verhältnisse auf den Höhen für die Kur günstig, desgleichen auch im Sommer. Nur das Frühjahr, die Zeit der eigentlichen Schneeschmelze, ist, wie gesagt, die gefährlichste Zeit. Das Gebiet darf also Tauwetter-Einbrüchen nicht ausgesetzt sein.

Weiters müsse 4. ausreichendes Trinkwasser vorhanden sein und 5. größere Verbauungsmöglichkeit sich bieten.

Diese Bedingungen haben sich in ganz überraschender Weise auf diesem Gebiete, auf Palmschoß, gezeigt. Palmschoß ist ein Alpengebiet. Das Plosegebiet hat dort eine Ausdehnung von zirka 12 km und dehnt sich aus in einem Halbkreise, der sich nach Süden öffnet und in diesem halbkreisförmigen Gebiete liegt Palmschoh. Hier hat man in der Höhe die herrliche Aussicht auf die Dolomiten, zweitens ist sehr viel Sonnenbestrahlung und drittens ist dieses Gebiet völlig windgeschützt.

Herr Magistratsrat Eoldiner hat uns anfangs gesagt: "im Winter sehen Sie aus dem eigentlichen Palmschoß gebiete nie eine Schneeverwehung".

Ich bin auch irrt Winter oben gewesen und dort war der Schnee wie eben gestrichen.

Herr Statthaltereirat Dr. v. Kutschera hat nun sich die Mühe genommen, Vergleiche zu ziehen, hat sich die Statistiken von Davos und von Leysin, dem neuesten Kurort, in der

französischen Schweiz, verschafft, sie zusammengestellt und hat den ganzen Winter 1912/1913 diese Beobachtungen angestellt, und ist zu folgendem Resultate gekommen: in den Monaten November bis März gab es auf Palmschoß 978 Sonnenstunden, während in Davos nur 589 gemessen wurden, also im Verlaufe von einigen

Monaten um fast 400 Stunden mehr. Es sind viel mehr sonnenklare Tage in Brixen als in Davos. Wir haben in Südtirol keinen Föhn, wenigstens nicht in der Art wie in Nordtirol. Der Föhn äußert sich sehr schwach und jedenfalls nicht in der Weise, daß wir solche Temperaturschwankungen haben wie in Nordtirol.

Deswegen haben die genannten Herren hauptsächlich aus den Süden hingewiesen und gesagt, es müssen dort doch die günstigsten Bedingungen für eine solche Heilstätte sein. Es ist ein Gebiet bis zu einer Höhe von 2000 m; der Wald reicht bis über 1900 m hinauf, und gerade Palmschoß ist in einer Höhe von 1900 in in windstillen Lage beeinflusst durch die Formation des Gebirges. Ferners haben wir es nun durch unsere Tätigkeit zustande gebracht, das Gebiet selbst zu sichern. Es sei noch bemerkt, daß auf diesen Höhen eine sehr milde Wintertemperatur ist.

Gehen wir jetzt zur Frage über, was ist bis jetzt geschehen? Bis jetzt sind die Grundkäufe vollzogen worden und zwar in großer Ausdehnung, so daß bis auf ein kleines Waldgebiet, das wir noch nicht haben erwerben können, alles vom Verein bereits angekauft worden ist. Mittlerweile wurde nämlich auch ein Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg gebildet; im Namen dieses Vereines wurden die Grundkäufe vollzogen, das Geld hierfür wurde von der Statthalterei zur Verfügung gestellt und diese hat die Rückendeckung in: Ministerium des Innern für die Ablösung der Bodenrechte. Auch für die Erwerbung der Wasserrechte haben wir Geld zur Verfügung bekommen in der Höhe von K 60.000--; da ist aber nicht alles aufgebracht worden.

Weiters ist unterdessen der Straßenbau in Angriff genommen worden: Bei der Straße von Brixen nach Palmschoß sind 3 Teile zu berücksichtigen. Das erste Drittel von Brixen nach St. Andrä ist fertig, das zweite von St. Andrä nach Afers ist im Baue und das dritte Drittel kommt nur für Palmschoß in Betracht, und zwar von Afers 5 km aufwärts. Dieses Drittel ist noch zu finanzieren, präliminiert ist es. Vorbereitet wurde dann auch das Projekt der Plosebahn, ein Unternehmen der Stadt Buren.



Es war voriges Jahr ein ganz genaues

10

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

Projekt fertiggestellt worden, aber man entschloß sich, die Trasse abzuändern, mit Rücksicht aus das Unternehmen auf Palmschoß, so daß man heute richtiger sagen könnte: Palmschoßbahn. Dieses Bahnprojekt wird in Angriff genommen werden, sobald die Stadt Brixen eine größere Anleihe zu günstigeren finanziellen Bedingungen aufnehmen kann, als es jetzt der Fall ist. Vorliegend sind Projekte nicht nur für den ganzen Straßenbau, sondern auch für die Verbauung des ganzen Gebietes. Es liegen vor: Projekte für die Trinkwasserleitung, für die ganze Kanalisation und Ableitung des Wassers und für die Aufforstung. Alle diese Projekte, wie sie hier vorliegen, sind ein Werk des Herrn Hofrates Krapf, der mit sehr großem Fleiße an dem Werke mitgearbeitet hat. Ich habe dm Herren Gelegenheit gegeben, in diese Projekte Einsicht zu nehmen. Ich erlaube mir nun, auf die Frage zu antworten, wer alles an diesem Projekte interessiert ist. Interessiert ist zunächst der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose für Tirol und Vorarlberg. Ich bemerke, daß wir auch aus Liechtenstein Rücksicht nehmen, weil auch der regierende Fürst sich dafür interessiert und wir hoffen, auch von dieser Seite eine Subvention für das Unternehmen zu bekommen.

Ferners ist interessiert der Reichsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Österreich. Dieser Verein hält jährlich seine Versammlung in Wien ab und dabei hat Herr Statthaltereirat Dr. v. Kutschern des öfteren bereits Vorträge gehalten über dieses große Unternehmen. Interessiert ist auch der Reichsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in, Deutschland. Wir stehen in Verbindung mit dem Sekretär dieses Vereines und mit verschiedenen Personen, welche sowohl bei den Verhandlungen in Wien als auch in Tirol des öfteren sich dahin ausgesprochen haben, daß sie es gerne sehen würden, wenn in Tirol ein solcher Höhenkurort entstünde. In Deutschland haben sie keine Heilstätte für an Tuberkulose Erkrankte in solcher Höhenlage. Vorläufig ist das Deutsche Reich ausschließlich auf die Höhenkurorte in der Schweiz angewiesen. Es sind auch sehr viele Private in Österreich, die sicher lieber in Österreich selbst eine solche Heilstätte besuchen und benutzen würden als außerhalb des Reiches. Interessiert sind auch Privatärzte; manche Ärzte aus Deutschland

sind schon nach Tirol gekommen, um sich dieses Gebiet anzusehen und manche haben schon einige Plätze in Aussicht genommen. Weilers sind interessiert einzelne Standesvereine und wir haben auch schon Anträge bekommen von einer solchen Vereinigung, welche ein Sanatorium errichten will. Das Gebiet ist so groß, daß 30-40 Sanatorien oder Villen erbaut werden können. Das ist die Verbaumöglichkeit.

Nach allen diesen Vorarbeiten darf man jagen, daß ein großartiges Projekt ins Auge gefaßt ist. Die Verhältnisse liegen so - wir können es mit vollem Rechte sagen -, daß dieser Höhenkurort die Konkurrenz mit Davos wird aushalten können.

Was die Kosten anbelangt, so sehen wir, daß von Vorarlberg ein Beitrag von 30.000 K gefordert wird und bewilligt werden soll als Beitrag für den Garantiefonds. Der Tiroler Landtag hat sich bereit erklärt, die Garantie für 1 Million zu bewilligen. Diese Million wird von der Unfallversicherungsgesellschaft in Salzburg zur Verfügung gestellt und das Geld zu 4 % im kommenden Jahre flüssig gemacht. Im Frühjahr kann man mit dem Baue beginnen. Das Geld hat man zur Verfügung, doch hat der Tiroler Landtag zur Voraussetzung gemacht, daß der Verein selbst für 200.000 K Garantie ausbringe.

Für diesen Garantiefonds sollen im Vorarlberger Landtage 30.000 K bewilligt werden. Das Unternehmen erfordert in seiner vollen Ausführung gewaltig hohe Kosten und, wenn ich diese Posten vorlese, werden Sie sehen, wie schwer es ist, einen Höhenkurort in dieser Ausdehnung zu errichten.

Ich habe vorher bemerkt, daß das Ministerium des Innern 50.000 K bereits zur Verfügung gestellt hat und noch weitere 25.000 K in Aussicht stellt. Dies wurde für die Grundkäufe und den Kauf der Quellen sowie für die Ablösung verschiedener Rechte verwendet. Aber man braucht für das letzte Drittel der Straße von Afers nach Palmschoß noch 250.000 K. Das ist notwendig, damit das Gebiet erschlossen werde, damit wir überhaupt bauen können.

Dann liegt in dem Projekte für die Verbindungsstraße noch eine Post vor, aber dies ist eine Post, die erst nach und nach in Rechnung

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

zu ziehen ist. Dann sind für die Trinkwasseranlage (die Quellen, die man sich verschafft hat, sind ziemlich weit entfernt; man hat nahezu eine Stunde zu gehen, bis man zum eigentlichen großen Quellengebiet kommt) 170.000 K in das Präliminare aufgenommen worden, für die Kanalisation 130.000 K, für die Aufforstung 20.000 K, wovon die letzte Post nach und nach in Anspruch genommen wird. Die Rentabilität des Unternehmens stützt sich daraus, daß man Aussicht hat, daß dieses Gebiet von verschiedenen Kreisen in Anspruch genommen werden wird, und daß verschiedene Vereine sich dafür sehr interessieren werden.

Je mehr Sanatorien errichtet werden können, desto billiger wird man den Betrag für die eigentliche Volksheilstätte ansetzen können. Ich bemerke hiebei, daß das ganze Gebiet angekauft ist, daß alle, welche ein Sanatorium, eine Villa oder eine Heilstätte, bauen wollen, genötigt sind, sich an den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg zu wenden, weiter, daß wir auch das ganze Master aufgekauft haben. Die Verhandlungen mit den Bauern dortselbst waren nicht leicht. Es haben sich große Schwierigkeiten herausgestellt, aber wie gesagt, wir haben Glück gehabt mit diesen Verhandlungen. Jetzt sind wir soweit, daß alle, die da bauen wollen, darauf angewiesen sind, an unseren Verein sich zu wenden, um Baugrund und Wasser zu bekommen.

Das ist das Projekt, so ist es entstanden. Daraus mögen Sie ersehen, daß es viele Arbeit und viele Mühe kostet, ein solches Werk zustande zu bringen.

Ich darf hier wohl, nachdem ich dem hohen Hause diese Mitteilungen gemacht habe, an den Landtag den Appell richten, dieses Unternehmen nicht nur zu befürworten, sondern auch wärmstens zu unterstützen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß so die Möglichkeit bestände, in einem Jahre 60 Kranke der Heilung zuzuführen. Ich bin nicht der Meinung, daß man den Wert einer Persönlichkeit nach Kronen abschätzen solle. Die Volkskraft, die durch diese Krankheit zugrunde gerichtet wird, ist viel mehr wert. Ein solches Unternehmen ist ein humanitäres, charitatives Werk allerersten Ranges, ein Unternehmen, das dem ganzen Volke zum Nutzen ist, das zur Ehre

einer solchen Volksvertretung gereicht, wie es der hohe Landtag ist. Mit diesen Worten möchte ich mir erlauben, die Anträge, wie sie vorliegen, wärmstens zu befürworten.

(Lebhafte Bravorufe und Zustimmung im Hause.)

Landeshauptmann: Wer wünscht weiter das Wort zu ergreifen? -

Wenn sich niemand mehr meldet, ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas beizufügen?

Dr. Drexel: Ich habe nichts mehr zu bemerken.

Landeshauptmann: Dann können wir zur Abstimmung schreiten, und zwar können wir, wenn keine Einwendung erfolgt, die drei Anträge unter einem behandeln. Ich ersuche alle jene Herren, welche den vorliegenden drei Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. -

Angenommen.

Somit ist dieser Gegenstand erledigt, und wir kommen zum vierten Punkte unserer Tagesordnung, zum

Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag des Herrn Abgeordneten Loser und Genossen, betreffend die künftige Subventionierung der gewerblichen Fortbildungsschulen.

Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Loser. Ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

Loser: Hohes Haus! Es handelt sich in dieser Angelegenheit um eine Neuregelung der Subventionierung unserer im Lande befindlichen gewerblichen Fortbildungsschulen. Nachdem es sich also um eine grundsätzliche Änderung handelt und der Bericht erst im Laufe des heutigen Vormittags unter die Herren Kollegen verteilt worden und zudem nicht besonders lang ist, glaube ich, denselben wörtlich zur Verlesung bringen zu sollen.

12

7. Sitzung des Vorarlberg< Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

(Liest Bericht und Antrag aus Beilage 31 und bemerkt nach Absatz 10 auf Seite 120:) Hier muh ich eine kleine Bemerkung machen. Es heißt hier "12 Fortbildungsschulen", in Wirklichkeit sind es aber 14. Nicht einbezogen ist die gewerbliche Fortbildungsschule von Bregenz, welche insofern nicht in Betracht kommt, als sie der hiesigen Fachschule für gewerbliches Zeichnen angegliedert ist. Es besteht ein separater Landtagsbeschluß, auf Grund dessen der Landesausshuh

für die Dauer der Landtagsperiode ermächtigt ist, jährlich einen bestimmten Beitrag für diese Schule zu gewähren. Weiters muß ich ergänzen, daß noch eine Schule im Lande besteht, nämlich die in Hohenems, die sich in früheren Jahren mühsam fortgeschleppt hatte und vor etwa 2 Jahren aufgelöst wurde, im Vorjahre jedoch wiederum, insbesondere durch die Bemühungen des Herrn Direktor Ferdinand Kolb neu ins Leben gerufen wurde. Sie ist dermalen von 25 Schülern besucht. Das Präliminare dieses Jahres ist mir jedoch noch nicht vorgelegen; daher ist sie bei der Berechnung nicht mit in Betracht gezogen worden.

Weiters bemerke ich bei Zeile 1 auf Seite 121: Hier soll es heißen: "Denselben Lehr- und Stundenplan".

Ich hätte diesem verlesenen Berichte nicht mehr viel beizufügen. Es wird vielleicht dem einen oder anderen der Herren Kollegen auffallend sein, daß die Beträge für die Regieauslagen, wie es hier vorgesehen, daß bei Festsetzung der 25 Prozent nicht in Betracht kommen. Es ist jedoch, angeführt, daß dies deswegen begründet erscheint, weil die Hälfte der 12 erwähnten gewerblichen Fortbildungsschulen tatsächlich in ihrem Präliminare keinen Heller für Regie-Auslagen eingesetzt haben, während die übrige Hälfte für Regie - Auslagen von 30-1008 K eingesetzt haben. Ich bin persönlich der Meinung, und der volkswirtschaftliche Ausschuß hat meiner Ansicht beigepflichtet, daß es doch eigentlich Sache der Gemeinden sein sollte, für diese Regieauslagen bei Gründung der Schulen aufzukommen, umsomehr, da die Beistellung nicht häufig mit gar großen Schwierigkeiten verbunden ist.

In der Regel wird der gewerbliche Fortbildungsunterricht im Schulgebäude oder einem

anderen der Gemeinde gehörigen Lokale erteilt. Das Licht ist in dem Falle meistens pauschaliert und Bedienung und Beheizung erfordern auch nicht gerade hohe Beträge. Ich habe auch deswegen die Meinung, daß wir die Beträge, die für Regieauslagen in den Voranschlägen drinnen sind, nicht berücksichtigen sollen, weil das dazuführen muß, daß auch die anderen Fortbildungsschulen, die bis jetzt für diesen Zweck keine Beträge eingesetzt haben, auch dazu animiert werden, derartige Posten einzusetzen. Dem Referenten wäre es aber nicht möglich, an Ort und Stelle zu untersuchen, ob diese Erfordernisse in ihrer vollen Gänze oder auch nur teilweise begründet sind.

Bemerken möchte ich weiter noch, daß, wenn die Angelegenheit im Sinne der Anträge geregelt wird, von den 12 Fortbildungsschulen 10 eine höhere Subvention seitens des Landes erhalten als bisher; nur zwei Schulen bekommen etwas weniger und das ist die Fortbildungsschule in Hard, die bisher sehr gut bedacht war, kein grobes Präliminare hat und 27 % der Gesamtsumme vom Lande erhalten hat. Dann die Schule in Schruns; bei der es jedoch nur 13 K ausmacht, was sie weniger bekommt. Diese beiden Schulen wären also ein wenig besser daran gewesen, als sie es nach dem im Berichte vorgeschlagenen Schlüssel sind. Aber, wie bemerkt, es bekommen fast alle Schulen einen höheren Betrag, was daraus hervorgeht, daß die Gewährung von 25 Prozent für das Land ein Mehrerfordernis von insgesamt 1300 K ausmacht. Größere Schulen, die tatsächlich recht große Auslagen haben, wie die Schule in Dornbirn, die die größte des Landes ist, die eine Zahl von 153 Schülern ausweist und ein Präliminare von 5846 K hat (allerdings mit einem Regiebetrage von 950 K), erhalten mehr. Bludenz hat auch eine große Schule, ebenso Feldkirch. Alle diese werden einen ziemlich wesentlich höheren Beitrag als Subvention seitens des Landes bekommen als bisher. Und wenn die Handelskammer auch einen entsprechenden Beschluß fassen und ihre Beiträge perzentuell aufteilen würde, würden sie auch von der Handelskammer etwas mehr bekommen. Diese gibt bisher jeder Schule 100 K, ob sie nun eine große oder kleine Schülerzahl, ein größeres oder kleineres Erfordernis hat. Es

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

13

besteht aber auch dort die Absicht, diese Subventionen - perzentuell aufzuteilen, so daß die größeren Schulen mehr bekommen würden.

Ungeachtet dieser Verkürzung, welche die kleineren Schulen erleiden, dadurch, daß sie von der Kammer nicht mehr die vollen 100 K bekommen, werden dieselben doch insgesamt nicht geringer, sondern besser bedacht werden als bisher.

Seitens der Statthalterei und besonders seitens des Herrn Inspektors für gewerbliche Fortbildungsschulen Professor Gattinger ist sehr daraus gedrungen worden, daß ein perzentueller Schlüssel festgesetzt werde. Es wurde nahe gelegt, das Land möge einen 27%igen Beitrag festsetzen und die Handels- und Gewerbekammer einen 6 %igen, also miteinander 33 %, da auch

der Staat für alle Schulen 33% ihres Erfordernisses beiträgt.

Es ist aber, z. B. auch in Tirol, darauf verwiesen worden, daß der Landesbeitrag über 25 % nicht hinausgehen solle, und wir tonnen auch nicht darüber hinausgehen. Die Handelskammer hat sich sehr dafür ausgesprochen, daß das Land einen höheren Beitrag leisten solle, sie selbst wird aber auch nicht mehr tun, als sie bisher getan hat, sondern ihren bisherigen Beitrag nur perzentuell auf alle Schulen aufteilen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuh ist nicht in der Lage, einen höheren als 25 - Prozentsatz zu beantragen und ich empfehle daher nochmals die verlesenen Anträge zur Annahme.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Debatte. -

Wenn sich niemand zum Worte meldet, schreite ich zur Abstimmung und ersuche alle jene Herren, welche dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. -

Angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Punkte unserer Tagesordnung,

dem Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Förderung der Stickereiindustrie.

Ich erteile dem Berichterstatter in dieser Angelegenheit, dem Herrn Abgeordneten Professor Dr. Drexel, das Wort.

Dr. Drexel: Dasjenige, was ich zu lagen hatte, brachte ich in dem Berichte zu den Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses. In dem ganzen Wirkungskreise, der dem Landtage offen ist, zur Förderung der Stickereiindustrie, haben wir diejenigen Punkte herausgegriffen, bei welchen eine Förderung durch den Landtag einen praktischen Wert hat und, zurückblickend auf die vielen Jahre dieser Aktion, können wir heute schon mit Befriedigung deren Resultate konstatieren und beobachten.

Ich empfehle Ihnen daher diese Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wodurch der Stickereiindustrie 20.500 K pro Jahr gewidmet werden. Freilich wichtiger wäre es, wenn der Landtag imstande wäre, dem Markt und der

ganzen wirtschaftlichen Lage unserer Industrie aufzuhelfen und unter die Arme zu greifen. Aber dies liegt außer unserer Macht und wir können hier diese Mittel nur mit dem Wunsche diesen Kreisen zuwenden, daß nach dieser langen, harten Krise auch für diese so wichtige Industrie unseres Landes bessere Zeiten anbrechen.

Ich empfehle daher nochmals dem hohen Hause diese Anträge.

Landeshauptmann: Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte. -

Es meldet sich niemand zum Worte, somit ist die Debatte geschlossen und ich schreite zur Abstimmung, und zwar, wenn keine Einwendung erhoben wird, über alle drei Anträge unter einem und ersuche alle jene Herren, welche diesen vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Dieser Gegenstand ist erledigt und wir kommen zum letzten Punkte unserer Tagesordnung, zum

Berichte des Petitionsausschusses über das Gesuch des Komitees des pädagogischen Kurses in Innsbruck, um eine Subvention zu den Kosten der Drucklegung der Vorträge.

14

7. Sitzung bei Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Dekan Mayer. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

Dekan Mayer: Hohes Haus! Vom 10. bis 12. September dieses Jahres ist in Innsbruck ein pädagogischer Kurs abgehalten worden, an welchem laut Bericht 879 Personen teilgenommen haben, darunter auch viele Vorarlberger, hauptsächlich jedoch Tiroler, aber auch Leute aus fast allen anderen Kronländern. Alle Teilnehmer dieses Kurses haben übereinstimmend gesagt, es wäre sehr wertvoll, daß die Vorträge in Druck gelegt würden, weil außerordentlich Vorzügliches auf pädagogischem Gebiete geleistet wurde. Aber auch deswegen, weil die Teilnehmer selbst das Bedürfnis gehabt haben, den in den Vortragen gebotenen Stoff für sich durcharbeiten zu können, und die Vorträge selbst Gemeingut aller werden, hie an der Erziehung Interesse haben, der Lehrer, Katecheten, Erzieher und Eltern. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn ein solches



Buch erscheinen würde, das möglichst billig abgegeben werden kann. Deswegen hat das Komitee sowohl an den Tiroler wie an den Vorarlberger Landtag ein Gesuch gerichtet, dieses Unternehmen durch Subventionen zu unterstützen, damit der Kursbericht möglichst billig, wenn möglich an die Teilnehmer gratis abgegeben werden könnte.

Der Petitionsausschutz hat sich aber sagen müssen, daß man sich darüber noch nicht klar sei, wie groß die Kosten der Drucklegung seien. Auch ist uns nicht bekannt, wie groß die Auflage, und nicht, wie groß die Subvention des Tiroler Landtages fein wird, auch nicht, ob dieses Unternehmen auch vom Staate unterstützt wird oder nicht.

Der Petitionsausschutz hat sich die Überzeugung verschafft, daß er einen Antrag auf Zahlung einer bestimmten Summe zu stellen nicht in der Lage sei, daß aber der Landesausschutz noch weitere Erhebungen pflegen und sich sowohl mit dem Komitee, als auch mit dem Tiroler Landesausschusse ins Einvernehmen setzen soll. Darum stellt der Petitionsausschutz folgende Anträge:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

"1. Dem Komitee zur Abhaltung eines pädagogischen Kurses in Innsbruck wird eine Subvention zur Ermöglichung der Herausgabe eines gedruckten Kursberichtes gewährt.

2. Der Landesausschutz, wird beauftragt, in Sachen dieser Subvention noch weitere Erhebungen zu pflegen, und ermächtigt, auf Grund der Erhebungen die Höhe des Unterstützungsbeitrages zu bestimmen."

Ich ersuche das hohe Haus, um Annahme dieser Anträge.

Landeshauptmann: Ich eröffne über den Bericht und die Anträge die Debatte. -

Es meldet sich niemand, somit schreite ich zur Abstimmung, und zwar über beide Anträge unter einem und ersuche alle jene Herren, welche diesen Anträgen ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. -

Angenommen.

Wir sind am Schlusse unserer heutigen Tagesordnung

angelangt. Ich habe nur noch bekannt zu geben, beziehungsweise nochmals in Erinnerung zu bringen, daß heute nachmittags 2 Uhr eine Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses in der Form stattfindet wie vorgestern zu dem Zwecke, um die Herren Vertreter des Wasserkraftkomitees und des Zweckverbandes anzuhören in der Fortsetzung ihrer wegen vorgerückter Zeit das vorige Mal abgebrochenen Referate. Es werden Herr Bürgermeister Dr. Kinz und Herr Loacker erscheinen und ich bitte alle Herren Abgeordneten, nicht nur die Mitglieder des volkswirtschaftlichen Ausschusses, an diesen Verhandlungen hier teilzunehmen und auch von der daran geknüpften Debatte Gebrauch zu machen.

Die nächste Sitzung, welche wohl die letzte in diesem Abschnitte sein wird, beraume ich auf morgen, 4. Oktober, 10y4 Uhr, vormittags, an, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses über den Voranschlag des Landeskulturrates pro 1914. (Beilage 34.).

7. Sitzung des Vorarlberger Landtages. VI. Session der 10. Periode 1913/14.

16

2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Eingaben der Gemeinden Rieden und Dornbirn wegen Abänderung, beziehungsweise Festsetzung der Schlachthausgebühren.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses in Sachen der Verlängerung des Weinsteuergesetzes,

die ich mir etwa erlauben werde zu ergänzen, wenn noch etwas Material einlaufen sollte.

Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Wir sind in der Zeit ziemlich vorgerückt, die

Sitzung hat etwas länger gedauert, als ich am Anfang gedacht habe und deshalb möchte ich den Beginn der nachmittägigen Besprechung dem Wunsche einiger Herren zufolge auf i/23 Uhr anberaumen und bitte den Herrn Abgeordneten Natter, die bei den anderen Herren gefälligst zu informieren.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten mittags.)

Druck von J. N. Teutsch in Bregenz.

# Vorarlberger Landtag.

## 7. Sitzung

am 3. Oktober 1913

unter dem Vorsitze des Herrn Landeshauptmannes **Adolf Rhomberg**.

Gegenwärtig 25 Abgeordnete. — Abwesend der Herr Abgeordnete Ignaz Rüsck.

Regierungsvertreter:

Herr k. k. Hofrat **Rudolf Graf von Thun-Hohenstein**.

Beginn der Sitzung um 10 Uhr 40 Minuten vormittags.

**Landeshauptmann:** Ich erkläre die heutige Sitzung für eröffnet und ersuche um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

(Sekretär Wachter verliest dasselbe.)

Hat jemand zur Fassung des Protokolles, das soeben verlesen worden ist, eine Bemerkung zu machen? —

Wenn das nicht der Fall ist, so erkläre ich dasselbe für genehmigt.

Ich habe dem hohen Hause die Mitteilung zu machen, daß der Herr Abgeordnete Rüsck gestern seine Abwesenheit von der heutigen Sitzung wegen unaufschiebbaren Berufsgeschäften, beziehungsweise wegen einer notwendigen Reise mir mitgeteilt hat, was ich bitte zur Kenntnis zu nehmen.

Ferner habe ich die Mitteilung zu machen, es wurde in einer früheren Sitzung ein Gesuch des Landesvereines gegen Mißbrauch geistiger Getränke dem Petitionsausschusse zur Vorberatung zugewiesen. Inzwischen hat sich bei Prüfung der Akten ergeben, daß der hohe Landtag diesem Vereine gegenüber in letzter Session den Landesausschuß ermächtigt hat, für die Dauer der Landtagsperiode eine bestimmte jährliche

Subvention zu gewähren. Infolgedessen ist dieses Gesuch gegenstandslos, weil das hohe Haus bereits früher einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat und wird daher der Petitionsausschuß ex praesidio von der Berichterstattung entbunden.

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung und zwar zunächst zum

Bericht des Finanzausschusses über den Rechnungsabluß des Lehrerpensionsfonds pro 1912.

Berichterstatter des Finanzausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Walter, ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

**Walter:** Hohes Haus! Der k. k. Landesschulrat für Vorarlberg hat dem Landesausschusse den Rechnungsabluß des Vorarlberger Lehrerpensionsfonds pro 1912 zur Vorlage an den Landtag übermittelt. Dieser Rechnungsabluß weist an Einnahmen auf K 58.971.— und an Ausgaben K 158.997.77; es ergibt sich daher ein Abgang von K 100.026.77,

der durch Zuschuß des Landesfonds als gedeckt erscheint. Das Vermögen des Fonds belief sich am Ende des Rechnungsjahres auf K 251.121'85

Der Finanzausschuß hat den vorgelegten Rechnungsabschluß geprüft und für richtig befunden und stellt daher den Antrag.

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Rechnungsabschluß des Vorarlberger Lehrerpensionsfonds pro 1912 wird genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Ich ersuche das hohe Haus, dem Antrage des Finanzausschusses die Zustimmung zu geben.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über Bericht und gestellten Antrag die Debatte. —

Wenn niemand sich zum Worte meldet, so bringe ich den Antrag selbst zur Abstimmung. Er lautet: (Liest obigen Antrag.)

Ich ersuche alle jene Herren, welche dem Antrage, wie Sie ihn soeben gehört haben, die Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. —

Angenommen.

Wir kommen nun zum zweiten Punkte unserer Tagesordnung, zum

mündlichen Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Jahresbericht der Landeshypothekenbank pro 1912.

Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Dr. Konzetti, ich erteile ihm das Wort.

**Dr. Konzetti:** In der dritten Sitzung des Vorarlberger Landtages vom 24. September 1913 wurde der XIV. Jahresbericht der Landeshypothekenbank dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zur Berichterstattung zugewiesen. Dieser erstattet nun folgenden Bericht.

Vom Jahre 1911 verblieben zur Erledigung 76 Gesuche mit K 455.800.—, welche zur Durchführung und Auszahlung gelangten. Neun Gesuche kamen nicht zur Erledigung. Der Stand der Hypotheken betrug mit Ablauf des Jahres 1911 3641 im Betrage von K 17,200.475'40. Im Jahre 1912 erhöhte sich die Zahl der Hypotheken auf 3716 im Betrage von K 17,651.933'81. Es sind 19435 Stück Pfandbriefe der Anstalt im Normalwerte von

K 17,816.800.— im Umlaufe. Der Tilgungsfonds belief sich am Ende des Jahres 1912 auf K 164.866'19 und der Reservefonds auf K 154.238'05. Die Rechnung des Jahres 1912 weist ein Umsatzkapital auf von K 33,822.606'47. Der Gewinn beziffert sich auf K 7.616'67. Der Geschäftsumfang war durch die Geldverhältnisse des Jahres beeinflusst. Die Geschäftsführung der Hypothekenbank ist vollkommen korrekt und entspricht den allgemeinen und besonderen Vorschriften. Infolgedessen stellt der volkswirtschaftliche Ausschuss den Antrag:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Rechnungsabschluß der Landeshypothekenbank pro 1912 wird zur genehmigenden Kenntnis genommen.“

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über den Bericht und den vom volkswirtschaftlichen Ausschusse gestellten Antrag die Debatte. —

Es meldet sich, wie es scheint, niemand zum Worte, deshalb kann ich zur Abstimmung schreiten über den Antrag, welcher lautet: (Liest obigen Antrag.)

Ich ersuche alle jene Herren, welche diesem Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. —

Angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Der dritte Punkt unserer heutigen Tagesordnung ist der Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Eingabe des Volksvereines zur Bekämpfung der Tuberkulose in Sachen der Errichtung einer Tuberkuloseheilstätte, Beilage 32 der stenographischen Protokolle.

Ich ersuche den Berichterstatter in dieser Angelegenheit, Herrn Professor Dr. Drexel, das Wort zu nehmen.

**Dr. Drexel:** Hohes Haus! Der Bericht und die Anträge befassen sich mit einer doppelten Angelegenheit und zwar einerseits mit der Frage der Errichtung einer Heilstätte im benachbarten Tirol, beziehungsweise der Unterstützung dieser Aktion, andererseits mit der Aktion zur Bekämpfung der Tuberkulose im Lande überhaupt. Ich glaube, zu den Ausführungen des Berichtes, den den Herren schon bekannt ist, nicht mehr viel beifügen zu müssen, das Wesentliche ist dort gesagt und eine ernste und durchgreifende Beratung über die Bekämpfung der Tuberkulose ist erst dann möglich, wenn wir genaues Ziffernmateriale über das Auftreten der Tuberkulose in Vorarlberg haben. Dies bildet die erste Grundlage

einer Beschlussfassung und es muß an dieser Stelle nun gerade über diese Arbeit ein Wort gesprochen werden.

Die Ziffern, welche an Tuberkulose ausgewiesen werden in einzelnen Städten, in Monatsberichten, in den amtlichen Zusammenstellungen der Quartalausweise, dann in den Jahresausweisen unserer Bezirkshauptmannschaften, sind gegenwärtig das einzige Material, das wir in dieser Beziehung haben. Dieses Material muß nun vorerst gesammelt werden und hat man dies einmal zur Verfügung, so wird es möglich sein, allmählich sich ein Urteil zu bilden, wieviel Wert diese Ziffern haben. Ich bin überzeugt, daß die eine oder die andere Gemeinde in den publizierten Ziffern eine Korrektur beweisen könnte und daß im Lande eine einheitliche Beurteilung der Tuberkulose als Todesursache erst dann durchgeführt werden kann, wenn die Ziffern öffentlich genau bekannt sind.

Es hat nun in letzter Zeit der Stadtarzt von Dornbirn in einer großen Versammlung sich speziell auf das Gebiet der Ziffern begeben und hat aus einem einzigen Jahre der Tuberkulostodesfälle in Dornbirn weitgreifende Schlüsse gezogen, Schlüsse in Bezug auf das Land, die vielleicht nicht gerade weit von der Wirklichkeit sein werden, nur grundsätzlich geht es nicht an, von einem Orte die Tuberkulostodesfälle eines Jahres zu nehmen und auf Grund dieser Tatsachen dann weit und breit Aufbauten zu machen. Noch viel weniger aber — denn da muß man jetzt, da wir daran gehen, im Lande eine einheitliche, gemeinsame, größere Aktion durchzuführen, sich schon dagegen wehren — geht es an, daß man die Ziffern unseres Landes mit denen des Auslandes ohne weiters vergleicht — und ich will mit wenigen Worten begründen, warum es nicht angeht.

Die österreichische Todesursachennomenklatur kennt nur eine Rubrik für die Tuberkulose. Wir haben noch das alte Schema vom Jahre 1896. Bis zum Jahre 1895 gab es überhaupt nur „Lungenschwindsucht“; eine andere Tuberkulose erscheint bis 1895 nicht berücksichtigt. Vom Jahre 1896 an faßte man zwar alle Tuberkulosen zusammen unter der Rubrik „Tuberkulose der Lungen und anderer Organe“, aber damit haben wir die Differenz mit dem Auslande, welches ungefähr seit dem Jahre 1901 fast durchwegs die neue französische Nomenklatur eingeführt hat, wo wir drei Tuberkulosenpezies aufgeführt finden, die Tuberkulose der Lungen, der Hirnhaut und der Eingeweide. Es

ist nun selbstverständlich, daß es nicht angeht, irgendeinen Vergleich mit dem Auslande zu ziehen, wenn man nicht ganz genau weiß, wie das Ausland zählt und wie Vorarlberg. Bei dem Umstande, daß wir unter den Heilanstalten fast nur Lungenheilanstalten haben, — wir haben selten Heilstätten, die sich Tuberkulosenheilstätten nennen und die Hauttuberkulose und Knochentuberkulose aufnehmen, wir haben dort durchwegs Lungentuberkulose — finden wir in der Statistik des Auslandes die Ziffern meistens getrennt und in Verbindung mit diesen Heilanstalten vorherrschend die Statistik der Lungentuberkulose verfolgt. So lange es so ist, geht es nicht an, die Ziffern des Auslandes einfach zu vergleichen mit den Todesfällen in Vorarlberg, wo wir so verschiedenen Tuberkulosen auch tatsächlich finden. Man braucht nur die Kinder zu beobachten, die verhältnismäßig oft skrofulos sind, man hört, daß in einzelnen Gegenden stark die Knochentuberkulose vorherrscht, wodurch unsere Lungentuberkulosenziffer bedeutend eingeschränkt wird, in welchem Maße kann man erst dann sagen, wenn man darüber genaue Studien gemacht hat, wenn die Ärzte unter sich vereinbaren würden, daß bei der Todesursache genau spezifiziert wird, welche Tuberkulose es ist, und daß diese Daten, welche die Ärzte notieren, daß diese für die Totenbeschau die Unterlage bilden, um eine spezifizierte Tuberkulosenstatistik zu bekommen. Bis dahin ist jeder Vergleich, besonders mit dem Auslande unmöglich, außer man zählte alle drei Tuberkulosenarten zusammen — manche haben vier, die Stadt Berlin sogar 14. Auf alle Fälle ist es erst dann möglich, wenn wir auch bei uns spezifizierte Tuberkulostodesfälle haben.

Es ist direkt ein Verbrechen an der Statistik und dem Rufe unseres Landes, wenn man unter diesen angeführten Verhältnissen sagt, wenn wir zu Preußen gehörten oder zur Schweiz, würden in Vorarlberg so viele 100 Leute alljährlich nicht sterben. Das sind Irreführungen und die sind umso schlimmer, wenn man noch jede Person mit K 800.— einschätzt und sagt, Vorarlberg hätte 21 Millionen Kronen mehr, wenn man gegen die Tuberkulose mehr getan hätte. (Hört! Hört!)

All das sei gesagt, damit wir, wenn wir jetzt daran gehen, diese Tuberkulosenfälle genau zu verfolgen, und wenn dann die Ziffern der Statistik in einer Anzahl von Orten aufrücken, uns wohl bewußt sind, daß Vorsicht und Zurückhaltung in der Beurteilung dieser Ziffern sehr notwendig ist.

In gleicher Weise haben wir in unserem Lande sehr viel kleine Orte. In diesen kleinen Orten mit 200 bis 300 Einwohnern braucht es nur eine kranke Familie, um die relative Ziffer stark in die Höhe zu treiben, um nach außenhin die Meinung zu wecken, diese Gemeinde müsse viele Tuberkulose haben. Erst dann, wenn man diese Ziffern vergleicht mit der Größe der Gemeinde, kann man sehr oft ausrechnen, daß es sich vielfach nur um eine einzige Familie handelt.

Es wird hier besonders notwendig sein, daß man den Fehler nicht macht; es wird heute immer mehr als Fehler erkannt, daß man statistische Ziffern benützt, um die Orte untereinander zu vergleichen. Die Ziffern einer Stadt haben den hauptsächlichsten Wert, daß sie zum Studium der eigenen Situation und zur Beurteilung über den Fortschritt oder Rückschritt in der Stadt verwendet werden können. Dort ist die gleiche Basis, die gleiche Gruppierung des Geschlechtes und Alters und dieselbe Situation der Industrie- und Wohnungsverhältnisse und in erster Linie wird diese Publikation dazu dienen, um eine Selbsterkenntnis der eigenen Situation zu fördern.

Es ist bestimmt nicht richtig anzunehmen, daß die Tuberkulose in Vorarlberg jährlich überall vorwärts schreite. Insofern es möglich war, einzelne Statistiken durch mehrere Jahre zu verfolgen — man nimmt meistens 10 Jahre, um sich ein Urteil zu bilden — habe ich gefunden, daß in einigen Fällen ziemlich steigende Einwohnerzahl und gleichbleibende Zahlen der Tuberkulose waren, ein Beweis, daß die Tuberkulose zurückgeht. Man darf nicht nur die Ziffern des Jahres ansehen, man muß sie beständig in Vergleich bringen mit der betreffenden Einwohnerzahl. Dabei wird es notwendig, darauf Rücksicht zu nehmen, ob die Gemeinde von auswärts sogenannte ortsfremde Kranke bekommt. Die ortsfremden Gestorbenen müssen selbstverständlich von den Toten des betreffenden Ortes in Abzug gebracht werden. Wenn ein Kranker an Tuberkulose in die Irrenanstalt kommt und dort an Paralyse stirbt, so ist die Tuberkulose, welche Mitodesursache war, vielleicht sogar mehr Todesursache als die Paralyse, doch nicht der Gemeinde Rankweil aufzuzählen. Ich glaube, in Gemeinden, wo Armenhäuser oder Versorgungshäuser sind, bei denen mehrere Gemeinden sich beteiligen, sind in Abzug zu bringen, die in krankem Zustande in die betreffende Anstalt kommen. Sind sie gesund gekommen und dann krank geworden, so gehören sie auf Rechnung der Gemeinde, in der sie starben. Es ist von diesem Standpunkte

aus ohne Zweifel, daß mancher Ort eine kleinere Ziffer bekommt, wenn die in Abzug kommen, welche nicht hergehören. In manchen Gemeinden würde es sehr interessant werden, wenn die bekanntesten Kreise, der Ortsgeistliche und der Arzt, festlegen würden, welches die Ursachen und Erscheinungen des Vorkommens der Tuberkulose in dieser bestimmten Gemeinde sind. Das läßt sich von der Zentralstelle aus nicht machen, es muß viele individuelle Arbeit geleistet werden und dann wäre es möglich, weil das Land nicht so groß ist und sich leicht übersehen läßt, wenn fast alle an irgend einer Frage mitarbeiten würden, die die Orte selbst auch noch kennen, dann vielleicht wäre man imstande, eine deutliche, klare und verlässliche Statistik der Tuberkulose des Landes zu bekommen.

Nun muß ich doch noch einen Satz zurückweisen, der gesprochen wurde knapp vor der heutigen Sitzung, der gesprochen wurde in einer großen Versammlung in Dornbirn, in welcher die vereinigten Krankenkassen den Beschluß gefaßt haben, sich an den Landtag zu wenden, er möge in der Sache der Tuberkulose etwas machen. Das Gesuch liegt hier, es ist sehr kurz gefaßt, umfaßt nur eine Seite, enthält nur den Satz, den wir alle kennen, daß die Tuberkulose in Vorarlberg sehr zahlreiche Opfer fordert und daß die Krankenkassen unter diesen Opfern selbstverständlich sehr leiden. Begreiflicherweise gehen diesem Tode immer sehr lange Krankheitsmonate, manchmal sogar mehrere Jahre voraus und die Krankenkassen werden dadurch materiell sehr geschwächt. Ein genauer Hinweis auf einzelne Fälle, ein statistisches Material ist in diesem Gesuche nicht angegeben, das Gesuch ist eine Arbeit von einer Viertelstunde. In dieser Versammlung wurde auch nach dem Berichte des Dornbirner Volksfreundes folgender Satz gesprochen: „zur Schande der hochmögenden Christlichsozialen Machthaber im Lande müssen wir gestehen, daß unsere Zahl gerade anderthalbmal größer ist als jene Preußens.“

Ich will nicht boshaft sein, aber doch kann ich die Antwort nicht unterlassen. Warum hat der Referent, der Arzt ist, der Stadtarzt ist und seit vielen Jahren schon in der Stadt ist, sich nicht schon längst mehr um die Tuberkulose gekümmert?

Warum hat er nicht schon längst seine Berufsgenossen animiert, welche in erster Linie berufen wären, ihre Beobachtungen über die Tuberkulose dem Landtage mitzuteilen, um Anregungen zu geben? Warum ist das alles nicht geschehen?

Ich muß aber, um den Fall ganz ins richtige Licht zu setzen, bemerken, daß im ganzen Lande bekannt ist, daß seit bald zwei Jahren Vorbereitungen im Gange sind, um eine große Aktion durchzuführen, daß hinsichtlich ganz bestimmter Pläne schon zwei Mal kleinere Beratungen im kleineren Kreise stattfanden, daß ein Gesuch bereits im Landtage lag, er möge diesen Fragen gegenüber Stellung nehmen. In dem Augenblicke erinnerte man sich daran, nichts getan zu haben und wirft rasch gegen den Landtag, da wo er daran gehen will, einige Steine, die nicht treffen, die es aber immerhin bedauerlich erscheinen lassen, daß sogar diese Aktion im Anfange parteipolitisch vergiftet werden soll (Zwischenrufe: Leider!), was im Interesse der Sache sehr bedauerlich ist. Der Tod kennt keine Parteien, keinen Unterschied, keine Rücksicht und ich glaube auch, daß es sich nicht lohnt, dieses Elend, das damit zusammenhängt, parteipolitisch auszunützen.

Diese Bemerkungen wollte ich machen, um auf diesem Wege der Öffentlichkeit zu sagen, daß nicht allenfalls diese Rede und die Eingabe dieser Versammlung in Dornbirn es ist, welche den Landtag gezwungen hat, aus Furcht vor diesen Kreisen diese Aktion zu unterstützen, sondern sagen will ich, ehe die Herren aufstanden, sind wir aufgestanden, ehe die Herren beraten haben, waren wir schon fertig mit unseren Vorschlägen und ehe die Herren daran dachten, war das große Projekt einer Heilstätte und der Plan für eine Aktion im Lande Vorarlberg reif und auf dem Papier. Das muß an dieser Stelle gesagt werden.

Und nun, meine sehr geehrten Herren, empfehle ich ganz kurz mit der Begründung des Berichtes die Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses, die dreierlei Art sind.

Erstens wir wollen eine Heilstätte in Brizen unterstützen aus dem Grunde, weil wir keine im Lande besitzen, nicht einmal ein Projekt für eine solche besteht und weil wir wissen, wieviele Vorarbeiten ein solches Projekt verlangt, wieviel Geld es braucht und wie schwierig es ist, in einem so kleinen Land wie Vorarlberg ein solches Unternehmen durchzuführen. Es ist klar, daß das nicht von heute auf morgen zu machen ist.

Ich habe mich schon für mehrere Vorarlberger bemüht, in einer österreichischen Heilstätte Unterkunft zu bekommen und habe erfahren, wie schwer es ist und weiß, wie voll die Anstalten alle sind. Wir haben nun Gelegenheit, in einer Heilstätte, welche im nächsten Jahre in Angriff genommen wird, für Vorarlberg

15 Betten zu sichern und das macht unter der Voraussetzung, daß der durchschnittliche Aufenthalt der Kranken 3 Monate beträgt im Jahre 60 Kranke aus. Es wäre dadurch die Möglichkeit geboten, in einer Heilstätte bei Brizen 60 Kranke unseres Landes pro Jahr unterzubringen, immerhin ein Fortschritt in unserer Aktion, wenn diese 15 Betten ausgenützt werden, was ich nicht bezweifle, wenn es eine Volksheilstätte wird, die grundsätzlich niedrige Tarife führt. Es würde in wenigen Jahren gerade in jenen Kreisen, wo die Tuberkulose vorkommt, Leute geben, die gelernt haben, wie man sich verhält, wenn die Tuberkulose bereits in der Familie ist. Denn die Tuberkulose ist eine Krankheit, die man nicht mit Medizin heilen kann, sondern mit einer ganz bestimmten Diät, die den Vorteil hat, daß sie sehr einladend lautet: Viel essen, sich gut nähren, viel ruhen.

Wir haben uns aber doch auch vor Augen gehalten, daß eine eigene Anstalt im Lande große Vorteile hätte, hauptsächlich auch den Vorteil, daß der klimatische Unterschied zwischen Tirol und Vorarlberg dann nicht so groß wäre. Die Plose bei Brizen wird an schönen Tagen, besonders im Sommer, ein derartig mildes Klima aufweisen, daß Vorarlberger, die von dort heimkommen, Wochen hindurch sehr acht geben müssen, um sich nicht einen frischen Katarrh zuzuziehen und vielleicht wird er eine Zwischenstation machen müssen, wie man das immer macht, wenn man von südlichen Gegenden nach Norden ziehen muß.

Ich bin mir bewußt, daß eine Anstalt in Vorarlberg manche Vorteile hätte gegenüber einer anderen, die unter ungleichartigen klimatischen Verhältnissen steht und direkt ideal ist, und deswegen sagen wir auch, wenn wir im Lande selbst Vorbereitungen treffen, um eine eigene Heilstätte zu bauen, nach unserer Auffassung ohne Luxus eingerichtet für die Praxis und um allen Kreisen den Aufenthalt zu ermöglichen, also möglichst billig, dann muß dieser Beitrag, den wir geben und für den wir Sicherheit fordern, wieder zurückfließen ins Land. Sollte ein Teil dieser Garantie in diesem Falle verbraucht sein, dann wird das Land sich an diesem Abgange entsprechend den 15 Betten mit 15% beteiligen. Wir werden uns also dann für alle Zeiten eintige Betten sichergestellt haben.

Der zweite Antrag geht darauf hinaus, daß der Landesauschuß die Veranstaltung einer Sammlung von möglichst verlässlichen Ziffern in die Hand nimmt und auf Grund des Materiales, das, wenn ich so sagen soll, das Gerippe ausmacht und aus dem, welches

heute schon die Bezirkshauptmannschaften zur Verfügung stellen, der Frage nachgeht: In welchem Alter und welchem Berufe trifft man hauptsächlich Todesfälle an Tuberkulose. Leute, welche mit 60 Jahren oder vielleicht noch mehr an Tuberkulose sterben, dürfen wir in Bezug auf Tuberkulosesterbefälle ruhig ausscheiden, d. h. ihre Ziffer hat nicht den Wert, wie die der Tuberkulose der Jugendlichen zwischen 20 und 30 Jahren oder die Ziffer der Tuberkulose der Kinder. Heute kann man meinen, was man will; der eine kennt vielleicht unter den vielen an Tuberkulose verstorbenen seiner Umgebung zwei oder drei Personen, die 50 oder 60 Jahre alt sind und hat das Empfinden, daß in diesen Ziffern unseres Landes viele alte Leute sind und wenn er diesen Satz behauptet, kann niemand das Gegenteil beweisen. Der andere hat in seiner Umgebung eine Reihe von jungen Leuten sterben gesehen und hat das schwer empfunden. Man kann dem anderen wieder nicht seine Meinung beweisen oder ihm widersprechen; da helfen nur Ziffern und diese sollen wir uns verschaffen durch gute Statistik und durch Auskunft darüber, wo die Tuberkulose steckt. Da sagt man z. B., daß der Bregenzerwald auffallend stark mit Tuberkulose durchsetzt sei. Tatsächlich weist der Bregenzerwald noch die besten Ziffern auf. Freilich wenn ich daran denke, daß dort herrlich gelegene Berggemeinden sind, in Wiesen und Wald eingebettet, so könnte man der Meinung sein, daß da die Gesundheit zu Hause sein sollte. Immerhin werden da auch die Ziffern manches klar stellen, auch der Einblick, wie es in Stickergemeinden ausschaut, in Gemeinden, welche ganz von der Stickerei leben. Auch da haben wir viel zu wenig Anhaltspunkte; da wird ohne Zweifel die Statistik eine Reihe von Anregungen geben, welche nicht etwa hier sofort verwendet werden sollen, sondern die dem Volke gehören, die allen gehören, die es angeht, allen, die daran beteiligt sind, vom Gemeindevertreter bis zum Familienleiter, Anregungen, in gleicher Weise der Tuberkulose die entsprechende Aufmerksamkeit zu schenken.

3. Soll der Landesauschuß mit jenen Kreisen, welche heute bereits eine Hilfsaktion eingeleitet haben, sich in Verbindung setzen, diese Kreise fördern, eine allgemeine Sammlung im Lande unterstützen, Fürsorgestellen schaffen, Kranken, die in eine solche Heilstätte gehen müssen, dies durch Unterstützung ermöglichen. Besonders weise ich auf diesen Teil des Berichtes hin, auf die Gutachten von Fachleuten, welche sagen, es sei ein Fehler zu glauben, mit der

Errichtung einer Heilstätte alles gemacht zu haben. Die Heilstätte wird einen kleinen Teil treffen, sie wird meist auch Leute bekommen, welche schon länger unter Tuberkulose leiden. Die Fürsorgestellen müssen kommen in kleinen Gebieten, in Städten, Gerichtsbezirken, müssen dort suchen, alles, was Tuberkulose heißt, wahrzunehmen, Familien, die heute noch gesund sind, aufmerksam zu machen, daß in ihrer Gegend oder ihrem Kreise Tuberkulose häufig auftritt; auch diese Kreise sind aufzuklären. Wir haben heute wieder vielmehr die Impfung mit Tuberkulin und nun liegt es hauptsächlich bei den Ärzten, daß sie energisch eingreifen, in erster Linie die Führung übernehmen, in den Fürsorgestellen mitarbeiten, um die Aktion im Lande durchzuführen.

Dies sind die drei Anträge, von welchen der volkswirtschaftliche Ausschuß glaubt, daß sie augenblicklich das bringen, was gebracht werden kann; Detailabsichten sind unmöglich, weil man den Weg noch nicht kennt, den man geht und weil man noch nicht weiß, auf welches Gebiet man sich hauptsächlich verlegen muß. Es wird eine weitere Arbeit diese Aufklärung bringen und dann wird der Landesauschuß Gelegenheit haben, sich weiter mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Ich empfehle dem hohen Hause die Annahme der Anträge, die lauten:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Landesauschuß wird ermächtigt, dem Volksvereine zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg als Beitrag zum Sicherheitsfonds einer bei Brixen zu errichtenden Heilstätte einen Betrag von K 30.000.— zu garantieren für den Fall des Bedarfes und unter der Voraussetzung, daß die Garantie erlöscht oder der bezahlte Beitrag dem Lande zurückerstattet wird, wenn im Lande eine eigene Heilstätte durch das Land oder mit dessen Hilfe errichtet werden sollte.

Sollte ein Teil des Sicherheitsfonds zur Deckung der Gebarungsabgänge in jenem Zeitpunkt verwendet worden sein, so würde das Land 15% dieser Abgänge tragen.

2. Der Landesauschuß wird beauftragt, die geeigneten Schritte zu tun, um eine Tuberkulosenstatistik der letzten 12 Jahre zu erhalten.



Hier möchte ich bemerken, daß man deshalb 12 Jahre genommen hat, um ein Jahrzehnt, nämlich von 1901—1910 für sich umfassen zu können und dann die weiteren zwei Jahre, wie sie bereits abgeschlossen vorliegen.

3. Der Landesausschuß wird beauftragt, die Durchführung einer eigenen Hilfsaktion und zunächst eine Sammlung von Beiträgen im Lande zu fördern zwecks Gründung von Fürsorgestellen und zur Unterstützung mittelloser Kranker, welche den Aufenthalt in einer Heilanstalt dringend benötigen.“

**Landeshauptmann:** Indem ich die Debatte über Bericht und die vom volkswirtschaftlichen Ausschuß gestellten Anträge eröffne, erteile ich zunächst das Wort Seiner bischöflichen Gnaden, die schon vorher sich gemeldet haben.

**Bischof Dr. Sigmund Waitz:** Hohes Haus! Die vorliegenden Anträge geben mir Gelegenheit, das Wort zu ergreifen und in wärmster Weise die Anträge zu befürworten. Da es das erstemal ist, daß ich hier spreche, so erachte ich es für meine Pflicht, für die freundliche Begrüßung, die mir hier zuteil geworden ist, wärmstens zu danken. Ich halte es für eine große Ehre, in einem Landtage mitzuarbeiten, dessen einmütige, geordnete, zielbewußte und erspriessliche Arbeit von Allerhöchster Stelle des öfteren uneingeschränktes Lob erfahren hat. Es ist ein umso erfreulicheres Bild geordneter Tätigkeit, je trostloser sich die Verhältnisse in anderen Landtagen gestalten.

Wenn ich zu diesen Anträgen das Wort ergreife, so soll das auch bekunden, daß ich neben den Schulfragen besonders den sozialen und caritativen Angelegenheiten, der Armen- und Krankenfürsorge, der Fürsorge für Waisenfinder und verwahrloste Kinder mein besonderes Augenmerk zuwenden will, das umso mehr, als es Angelegenheiten sind, die dem Vertreter der Kirche gewiß am nächsten stehen sollen und andererseits politischen Differenzen am meisten entrückt sind. — Zu den vorliegenden Anträgen möchte ich ein doppeltes bemerken. Fürs erste möchte ich sprechen über die Bekämpfung der Tuberkulose in Vorarlberg überhaupt und zweitens über die besondere Aktion der Errichtung einer Volksheilstätte in einem Höhenkurorte, der den Namen „Palmschoß“ erhalten soll. Der Kampf gegen die Tuberkulose ist in Anbetracht der Größe des Übels

eine Notwendigkeit und deshalb eine ernste Pflicht und da sind erspriessliche Erfolge nur dann zu erzielen, wenn alle Kreise der Bevölkerung mitarbeiten. Es ist deshalb eine Pflicht, die verschiedensten Kreise zu einer einmütigen Tätigkeit aufzurufen.

Hohes Haus! Die Tuberkulose ist nicht bloß in Vorarlberg sehr weit verbreitet, sondern auch in Tirol und wenn man die Frage erhebt, warum in Vorarlberg nicht früher eine größere Aktion eingeleitet wurde zur Bekämpfung der Tuberkulose, so könnte man diese Frage auch für andere Kronländer erheben. Wir haben in Österreich nur zwei eigentliche Volksheilanstalten zur Bekämpfung der Tuberkulose, Alaud bei Wien und Hörgas in Steiermark, trotzdem man sagen muß, daß in manchen Kronländern, wo viel Industrie ist, die Tuberkulose viele Opfer fordert. Warum nun ist man nicht früher in Tirol und Vorarlberg darangegangen, die Tuberkulose zu bekämpfen? Ich glaube, man ist in den weitesten Kreisen von einem gewissen Optimismus beherrscht gewesen; man hat sich selbst nicht eingestehen und nicht einsehen wollen, daß in unseren Alpenländern eine solche Volkskrankheit bestehen soll. Ich bin an dieser Angelegenheit seit zwei Jahren beteiligt und das erstemal habe ich Näheres erfahren durch den Herrn Statthaltereirat Dr. v. Rutschera, der einen statistischen Nachweis erbracht hat über die Tuberkulose in den verschiedenen Ländern. Da habe ich mich darüber ganz erstaunt, daß in Tirol und Vorarlberg eine solche Zunahme an Todesfällen infolge Tuberkulose möglich sein soll? Man ist erst in letzter Zeit aufmerksam geworden auf diese Verhältnisse. Gewiß hat auch die Fluktuation der Bevölkerung dazu beigetragen, daß in manchen Gegenden gewiß viel mehr Tuberkuloseerkrankungen und Todesfälle vorgekommen sind, als es in früherer Zeit der Fall war.

Ich möchte an dieser Stelle hier auch nicht verschweigen, daß ein großes Kontingent von Todesfällen infolge der Tuberkulose in Tirol wie in Vorarlberg die die Kranken pflegenden Frauenorden beistellen. Bei den barmherzigen Schwestern und bei den Kreuzschwestern ist die Sterblichkeit eine sehr hohe infolge Überanstrengung, weil sie viel zu sehr in Anspruch genommen sind und sich nicht erholen können. Um dies darzutun, weise ich nach den Ausführungen des Herrn Statthaltereirates Dr. v. Rutschera daraufhin, daß die Sterblichkeit bei den barmherzigen Schwestern derzeit so groß ist, wie sie vor 30 Jahren in den

Strafanstalten Österreichs war und das ist ein Umstand der das Bild dieser Statistik irgendwie beeinflusst. Ferner glaube ich, man ist in unserem Lande durchaus nicht klar gewesen über die Möglichkeit, eine Volksheilstätte mit erspriesslicher Tätigkeit zu errichten. Man hat geglaubt, daß die Verpflegung in Heilanstalten, besonders in Höhenkurorten ein Privilegium der besser situierten Stände sei, aber daß es möglich sei, einen Höhenkurort als Volksheilstätte mit entsprechend billigen Verpflegungsgebühren einzurichten, an das hat man bisher wirklich nicht gedacht. Jetzt geht man nun daran, eine Volksheilstätte zur Bekämpfung der Tuberkulose an einem Höhenkurorte zu errichten und es ist Aussicht vorhanden, daß dieses Werk gelingen wird und deshalb spreche ich von diesem Projekte, von der Errichtung einer Heilstätte auf der sogenannten Palmshoß in der Nähe von Brixen.

Hohes Haus! Der Gedanke, in Tirol und speziell in Südtirol eine solche Heilstätte zu errichten, ist ausgegangen von zwei Persönlichkeiten, dem Herrn Sanitätsreferent Statthaltereirat Dr. v. Rutschera und dem Herrn Ministerialrat Dr. v. Haberler, Sanitätsreferent im Ministerium des Innern, der früher Sanitätsreferent für Tirol und Vorarlberg war. Herr Statthaltereirat Dr. v. Rutschera ist der Mann, der in Steiermark die Anstalt in Hörgas ins Leben gerufen und die reiche Erfahrung, die er dort gesammelt, in Tirol und Vorarlberg zur Verfügung gestellt hat. Er nützt sie aus, um dieses Werk hier in unserem Lande fortzusetzen.

Es sind zwei Jahre her, da fragte Herr Statthaltereirat Dr. v. Rutschera mich gelegentlich einer Konferenz, ob ich nicht in der Gegend von Brixen oder südlich vom Brenner überhaupt ein Gebiet wisse, das mindestens 1400 m hoch liege und eine Südlage oder Südsüdwestlage aufweise, wo man eine Heilanstalt für Lungenfranke errichten könne. So lautete die Frage; er sagte auch, das Gebiet müsse leicht zugänglich und durch die Bahn erreichbar sein. Ich verwies auf das Plosegebiet und das Plosebahnprojekt und sagte, da droben würde eine Stelle sein und da kamen eines Tages Herr Statthaltereirat Dr. v. Rutschera mit dem Herrn Ministerialrat von Haberler und sagte: Jetzt zeigen Sie uns dieses Gebiet.

Ich möchte hier noch eine Persönlichkeit erwähnen, die an dem Projekte sehr beteiligt ist, den Herrn Magistratsrat Goldbinder von Brixen, Mitglied des Alpenvereins, der das Gebiet außerordentlich gut kennt und durch Herrn Dr. von Guggenberg aufmerksam

gemacht wurde, daß für ein Sanatorium am Abhange der Plose ein günstiges Terrain sei. Wir sind nun da hinauf gewandert, aber die beiden Herren, Herr Statthaltereirat Dr. von Rutschera und Herr Ministerialrat von Haberler, waren bereits voreingenommen für einen anderen Platz, denn sie hatten einige Tage vorher ein Gebiet im Willnößfirtal besichtigt. Dort ist ein ärarischer Wald und ein reiches Quellengebiet. Wie wir sie herumführten im Plosegebiet, sagten sie, das andere Gebiet sei schöner.

Dann kam auch noch eine andere Aktion, die diesem Projekte hinderlich war. Die Ärzte in Meran haben die Notwendigkeit eines Höhenkurortes gleich erkannt und gleich davon Gebrauch gemacht und die Kurvorsteherung von Meran hat sich mit aller Gewalt bemüht, diese Aktion nach Meran zu ziehen. Sie sagten, sie würden eine Bahn bauen auf das Haslingergebiet und dort oder am Zausenabhange eine Heilstätte errichten. Dadurch kam es, daß das Projekt in der objektivsten Weise geprüft wurde.

Wir gaben in Brixen nach dem ersten Besuche die Hoffnung fast ganz auf, daß auf dem Palmshoßgebiete etwas geschehen werde. Da kam einige Tage vor Weihnachten 1911 ein Brief von Herrn Statthaltereirat Dr. v. Rutschera, in dem es hieß: Willnöß ist aus geschlossen; in diesem Tale ist viel zu wenig Sonne; dieselbe scheint dort nur 4 Stunden, da die Dolomiten zu nahe sind. Man solle angeben, wieviel Sonnenschein es auf Palmshoß im Winter gebe. Wir konnten zurückberichten, daß dort 8 Stunden lang Sonnenschein sei und das hat den Ausschlag gegeben, die Aufmerksamkeit auf Palmshoß zu richten. Seit jener Zeit sind beständig Untersuchungen gepflogen, Verhandlungen geführt und das Projekt durchstudiert worden.

Es war am 1. Jänner 1912, daß die erste Verhandlung mit der Gemeinde Mfers geschah. An diesem Tage bekamen wir die erste Zusicherung ein großes Waldgebiet zu ziemlich günstigen Preisen zu erhalten. Mfers hat umsomehr zugestimmt, weil es so hoffen konnte, ärztliche Hilfe ins Tal zu bekommen. Es stellte sich nach und nach immer mehr Interesse ein und im Laufe des Jahres 1912 waren die Grundkäufe soweit vollzogen, daß nahezu das ganze Gebiet gesichert erschien. In diesem Jahre kam auch der Herr Statthalter, Se. Excellenz Freiherr von Spiegelfeld, der in lebhafter Weise das ganze Unternehmen unterstützte, in das Gebiet, ferners verschiedene Kommissionen und Universitätsprofessoren von Innsbruck

und Wien und dann ging man daran, Apparate aufzustellen, und zwar selbstregistrierende Apparate für Sonnenbestrahlung und um die Windverhältnisse genau darzustellen. Statthaltereirat Dr. v. Rutschera stellte folgende Forderungen auf:

Das Gebiet müsse:

1. leicht erreichbar sein,
2. viel Besonnung haben,
3. Schutz vor Stürmen und heftigen Winden gewähren und eine gleichmäßige Temperatur aufweisen. Die Tauwetter-Einbrüche müssen fehlen, denn die Zeit der Schneeschmelze ist die heikelste, ist die kritischste Zeit für die Kranken. Im tiefen Winter sind die Verhältnisse auf den Höhen für die Kur günstig, desgleichen auch im Sommer. Nur das Frühjahr, die Zeit der eigentlichen Schneeschmelze, ist, wie gesagt, die gefährlichste Zeit. Das Gebiet darf also Tauwetter-Einbrüchen nicht ausgesetzt sein.

Weiters müsse 4. ausreichendes Trinkwasser vorhanden sein und 5. größere Verbauungsmöglichkeit sich bieten.

Diese Bedingungen haben sich in ganz überraschender Weise auf diesem Gebiete, auf Palmschöck, gezeigt. Palmschöck ist ein Alpengebiet. Das Ploseegebiet hat dort eine Ausdehnung von zirka 12 km und dehnt sich aus in einem Halbkreis, der sich nach Süden öffnet und in diesem halb-kreisförmigen Gebiete liegt Palmschöck. Hier hat man in der Höhe die herrliche Aussicht auf die Dolomiten, zweitens ist sehr viel Sonnenbestrahlung und drittens ist dieses Gebiet völlig windgeschützt. Herr Magistratsrat Goldiner hat uns anfangs gesagt: „im Winter sehen Sie auf dem eigentlichen Palmschöckgebiete nie eine Schneeverwehung“. Ich bin auch im Winter oben gewesen und dort war der Schnee wie eben gestrichen. Herr Statthaltereirat Dr. v. Rutschera hat nun sich die Mühe genommen, Vergleiche zu ziehen, hat sich die Statistiken von Davos und von Vevy, dem neuesten Kurort, in der französischen Schweiz, verschafft, sie zusammengestellt und hat den ganzen Winter 1912/1913 diese Beobachtungen angestellt, und ist zu folgendem Resultate gekommen: in den Monaten November bis März gab es auf Palmschöck 978 Sonnenstunden, während in Davos nur 589 gemessen wurden, also im Verlaufe von einigen

Monaten um fast 400 Stunden mehr. Es sind viel mehr sonnenklare Tage in Brixen als in Davos. Wir haben in Südtirol keinen Föhn, wenigstens nicht in der Art wie in Nordtirol. Der Föhn äußert sich sehr schwach und jedenfalls nicht in der Weise, daß wir solche Temperaturschwankungen haben wie in Nordtirol. Deswegen haben die genannten Herren hauptsächlich auf den Süden hingewiesen und gesagt, es müssen dort doch die günstigsten Bedingungen für eine solche Heilstätte sein. Es ist ein Gebiet bis zu einer Höhe von 2000 m; der Wald reicht bis über 1900 m hinauf, und gerade Palmschöck ist in einer Höhe von 1900 m in windstiller Lage beeinflusst durch die Formation des Gebirges. Ferners haben wir es nun durch unsere Tätigkeit zustande gebracht, das Gebiet selbst zu sichern. Es sei noch bemerkt, daß auf diesen Höhen eine sehr milde Wintertemperatur ist. —

Gehen wir jetzt zur Frage über, was ist bis jetzt geschehen? Bis jetzt sind die Grundkäufe vollzogen worden und zwar in großer Ausdehnung, so daß bis auf ein kleines Waldgebiet, das wir noch nicht haben erwerben können, alles vom Verein bereits angekauft worden ist. Mittlerweile wurde nämlich auch ein Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Vorarlberg gebildet; im Namen dieses Vereines wurden die Grundkäufe vollzogen, das Geld hiefür wurde von der Statthaltereie zur Verfügung gestellt und diese hat die Rückendeckung in: Ministerium des Innern für die Ablösung der Bodenrechte. Auch für die Erwerbung der Wasserrechte haben wir Geld zur Verfügung bekommen in der Höhe von K 60.000.—; da ist aber nicht alles aufgebracht worden.

Weiters ist unterdessen der Straßenbau in Angriff genommen worden: Bei der Straße von Brixen nach Palmschöck sind 3 Teile zu berücksichtigen. Das erste Drittel von Brixen nach St. Andrä ist fertig, das zweite von St. Andrä nach Afers ist im Baue und das dritte Drittel kommt nur für Palmschöck in Betracht, und zwar von Afers 5 km aufwärts. Dieses Drittel ist noch zu finanzieren, präliminiert ist es. Vorbereitet wurde dann auch das Projekt der Plozebahn, ein Unternehmen der Stadt Brixen. Es war voriges Jahr ein ganz genaues

Projekt fertiggestellt worden, aber man entschloß sich, die Trasse abzuändern, mit Rücksicht auf das Unternehmen auf Palmischoß, so daß man heute richtiger sagen könnte: Palmischoßbahn. Dieses Bahnprojekt wird in Angriff genommen werden, sobald die Stadt Brixen eine größere Anleihe zu günstigeren finanziellen Bedingungen aufnehmen kann, als es jetzt der Fall ist. Vorliegend sind Projekte nicht nur für den ganzen Straßenbau, sondern auch für die Verbauung des ganzen Gebietes. Es liegen vor: Projekte für die Trinkwasserleitung, für die ganze Kanalisation und Ableitung des Wassers und für die Aufforstung. Alle diese Projekte, wie sie hier vorliegen, sind ein Werk des Herrn Hofrates Krapf, der mit sehr großem Fleiße an dem Werke mitgearbeitet hat. Ich habe den Herren Gelegenheit gegeben, in diese Projekte Einsicht zu nehmen. Ich erlaube mir nun, auf die Frage zu antworten, wer alles an diesem Projekte interessiert ist. Interessiert ist zunächst der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose für Tirol und Vorarlberg. Ich bemerke, daß wir auch auf Vichtenstein Rücksicht nehmen, weil auch der regierende Fürst sich dafür interessiert und wir hoffen, auch von dieser Seite eine Subvention für das Unternehmen zu bekommen.

Ferners ist interessiert der Reichsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Österreich. Dieser Verein hält jährlich seine Versammlung in Wien ab und dabei hat Herr Statthaltereirat Dr. v. Rutschera des öfteren bereits Vorträge gehalten über dieses große Unternehmen. Interessiert ist auch der Reichsverein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Deutschland. Wir stehen in Verbindung mit dem Sekretär dieses Vereines und mit verschiedenen Personen, welche sowohl bei den Verhandlungen in Wien als auch in Tirol des öfteren sich dahin ausgesprochen haben, daß sie es gerne sehen würden, wenn in Tirol ein solcher Höhenkurort entstünde. In Deutschland haben sie keine Heilstätte für an Tuberkulose Erkrankte in solcher Höhenlage. Vorläufig ist das Deutsche Reich ausschließlich auf die Höhenkurorte in der Schweiz angewiesen. Es sind auch sehr viele Private in Österreich, die sicher lieber in Österreich selbst eine solche Heilstätte besuchen und benützen würden als außerhalb des Reiches. Interessiert sind auch Privatärzte; manche Ärzte aus Deutschland

sind schon nach Tirol gekommen, um sich dieses Gebiet anzusehen und manche haben schon einige Plätze in Aussicht genommen. Weiters sind interessiert einzelne Ständesvereine und wir haben auch schon Anträge bekommen von einer solchen Vereinigung, welche ein Sanatorium errichten will. Das Gebiet ist so groß, daß 30—40 Sanatorien oder Villen erbaut werden können. Das ist die Verbauungsmöglichkeit.

Nach allen diesen Vorarbeiten darf man sagen, daß ein großartiges Projekt ins Auge gefaßt ist. Die Verhältnisse liegen so — wir können es mit vollem Rechte sagen —, daß dieser Höhenkurort die Konkurrenz mit Davos wird aushalten können.

Was die Kosten anbelangt, so sehen wir, daß von Vorarlberg ein Beitrag von 30.000 K gefordert wird und bewilligt werden soll als Beitrag für den Garantiefonds. Der Tiroler Landtag hat sich bereit erklärt, die Garantie für 1 Million zu bewilligen. Diese Million wird von der Unfallversicherungsgesellschaft in Salzburg zur Verfügung gestellt und das Geld zu 4 % im kommenden Jahre flüssig gemacht. Im Frühjahr kann man mit dem Baue beginnen. Das Geld hat man zur Verfügung, doch hat der Tiroler Landtag zur Voraussetzung gemacht, daß der Verein selbst für 200.000 K Garantie aufbringe. Für diesen Garantiefonds sollen im Vorarlberger Landtage 30.000 K bewilligt werden. Das Unternehmen erfordert in seiner vollen Ausführung gewaltig hohe Kosten und, wenn ich diese Posten vorlese, werden Sie sehen, wie schwer es ist, einen Höhenkurort in dieser Ausdehnung zu errichten.

Ich habe vorher bemerkt, daß das Ministerium des Innern 50.000 K bereits zur Verfügung gestellt hat und noch weitere 25.000 K in Aussicht stellt. Dies wurde für die Grundkäufe und den Kauf der Quellen sowie für die Ablösung verschiedener Rechte verwendet. Aber man braucht für das letzte Drittel der Straße von Afers nach Palmischoß noch 250.000 K. Das ist notwendig, damit das Gebiet erschlossen werde, damit wir überhaupt bauen können.

Dann liegt in dem Projekte für die Verbindungsstraße noch eine Post vor, aber dies ist eine Post, die erst nach und nach in Rechnung

zu ziehen ist. Dann sind für die Trinkwasseranlage (die Quellen, die man sich verschafft hat, sind ziemlich weit entfernt; man hat nahezu eine Stunde zu gehen, bis man zum eigentlichen großen Quellengebiet kommt) 170.000 K in das Präliminare aufgenommen worden, für die Kanalisation 130.000 K, für die Aufforstung 20.000 K, wovon die letzte Post nach und nach in Anspruch genommen wird. Die Rentabilität des Unternehmens stützt sich darauf, daß man Aussicht hat, daß dieses Gebiet von verschiedenen Kreisen in Anspruch genommen werden wird, und daß verschiedene Vereine sich dafür sehr interessieren werden.

Je mehr Sanatorien errichtet werden können, desto billiger wird man den Betrag für die eigentliche Volkshelilstätte ansehen können. Ich bemerke hierbei, daß das ganze Gebiet angekauft ist, daß alle, welche ein Sanatorium, eine Villa oder eine Heilstätte, bauen wollen, genötigt sind, sich an den Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose in Tirol und Borsarlberg zu wenden, weiter, daß wir auch das ganze Wasser aufgekauft haben. Die Verhandlungen mit den Bauern dortselbst waren nicht leicht. Es haben sich große Schwierigkeiten herausgestellt, aber wie gesagt, wir haben Glück gehabt mit diesen Verhandlungen. Jetzt sind wir soweit, daß alle, die da bauen wollen, darauf angewiesen sind, an unseren Verein sich zu wenden, um Baugrund und Wasser zu bekommen.

Das ist das Projekt, so ist es entstanden. Daraus mögen Sie ersehen, daß es viele Arbeit und viele Mühe kostet, ein solches Werk zustande zu bringen.

Ich darf hier wohl, nachdem ich dem hohen Hause diese Mitteilungen gemacht habe, an den Landtag den Appell richten, dieses Unternehmen nicht nur zu befürworten, sondern auch wärmstens zu unterstützen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß so die Möglichkeit bestände, in einem Jahre 60 Kranke der Heilung zuzuführen. Ich bin nicht der Meinung, daß man den Wert einer Persönlichkeit nach Kronen abschätzen solle. Die Volkskraft, die durch diese Krankheit zugrunde gerichtet wird, ist viel mehr wert. Ein solches Unternehmen ist ein humanitäres, charitatives Werk allerersten Ranges, ein Unternehmen, das dem ganzen Volke zum Nutzen ist, das zur Ehre

einer solchen Volksvertretung gereicht, wie es der hohe Landtag ist. Mit diesen Worten möchte ich mir erlauben, die Anträge, wie sie vorliegen, wärmstens zu befürworten.

(Lebhafte Bravorufe und Zustimmung im Hause.)

**Landeshauptmann:** Wer wünscht weiter das Wort zu ergreifen? —

Wenn sich niemand mehr meldet, ist die Debatte geschlossen. Hat der Herr Berichterstatter noch etwas beizufügen?

**Dr. Drexel:** Ich habe nichts mehr zu bemerken.

**Landeshauptmann:** Dann können wir zur Abstimmung schreiten, und zwar können wir, wenn keine Einwendung erfolgt, die drei Anträge unter einem behandeln. Ich ersuche alle jene Herren, welche den vorliegenden drei Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. —

Angenommen.

Somit ist dieser Gegenstand erledigt, und wir kommen zum vierten Punkte unserer Tagesordnung, zum

Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag des Herrn Abgeordneten Loser und Genossen, betreffend die künftige Subventionierung der gewerblichen Fortbildungsschulen.

Berichterstatter des volkswirtschaftlichen Ausschusses in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Loser. Ich ersuche ihn, das Wort zu nehmen.

**Loser:** Hohes Haus! Es handelt sich in dieser Angelegenheit um eine Neuregelung der Subventionierung unserer im Lande befindlichen gewerblichen Fortbildungsschulen. Nachdem es sich also um eine grundsätzliche Änderung handelt und der Bericht erst im Laufe des heutigen Vormittags unter die Herren Kollegen verteilt worden und zudem nicht besonders lang ist, glaube ich, denselben wörtlich zur Verlesung bringen zu sollen.

(Liest Bericht und Antrag aus Beilage 31 und bemerkt nach Absatz 10 auf Seite 120:) Hier muß ich eine kleine Bemerkung machen. Es heißt hier „12 Fortbildungsschulen“, in Wirklichkeit sind es aber 14. Nicht einbezogen ist die gewerbliche Fortbildungsschule von Bregenz, welche insofern nicht in Betracht kommt, als sie der hiesigen Fachschule für gewerbliches Zeichnen angegliedert ist. Es besteht ein separater Landtagsbeschluß, auf Grund dessen der Landesausschuß für die Dauer der Landtagsperiode ermächtigt ist, jährlich einen bestimmten Beitrag für diese Schule zu gewähren. Weiters muß ich ergänzen, daß noch eine Schule im Lande besteht, nämlich die in Hohenems, die sich in früheren Jahren mühsam fortgeschleppt hatte und vor etwa 2 Jahren aufgelöst wurde, im Vorjahre jedoch wiederum, insbesondere durch die Bemühungen des Herrn Direktor Ferdinand Kolb neu ins Leben gerufen wurde. Sie ist dermalen von 25 Schülern besucht. Das Präliminare dieses Jahres ist mir jedoch noch nicht vorgelegen; daher ist sie bei der Berechnung nicht mit in Betracht gezogen worden.

Weiters bemerke ich bei Zeile 1 auf Seite 121: Hier soll es heißen: „Denselben Lehr- und Stundenplan“.

Ich hätte diesem verlesenen Berichte nicht mehr viel beizufügen. Es wird vielleicht dem einen oder anderen der Herren Kollegen auffallend sein, daß die Beträge für die Regieauslagen, wie es hier vorgesehen, daß bei Festsetzung der 25 Prozent nicht in Betracht kommen. Es ist jedoch angeführt, daß dies deswegen begründet erscheint, weil die Hälfte der 12 erwähnten gewerblichen Fortbildungsschulen tatsächlich in ihrem Präliminare keinen Heller für Regieauslagen eingesetzt haben, während die übrige Hälfte für Regieauslagen von 30—1008 K eingesetzt haben. Ich bin persönlich der Meinung, und der volkswirtschaftliche Ausschuß hat meiner Ansicht beigepflichtet, daß es doch eigentlich Sache der Gemeinden sein sollte, für diese Regieauslagen bei Gründung der Schulen aufzukommen, umso mehr, da die Beistellung nicht häufig mit gar großen Schwierigkeiten verbunden ist.

In der Regel wird der gewerbliche Fortbildungsunterricht im Schulgebäude oder einem

anderen der Gemeinde gehörigen Lokale erteilt. Das Licht ist in dem Falle meistens pauschaliert und Bedienung und Beheizung erfordern auch nicht gerade hohe Beträge. Ich habe auch deswegen die Meinung, daß wir die Beträge, die für Regieauslagen in den Voranschlägen drinnen sind, nicht berücksichtigen sollen, weil das dazuführen muß, daß auch die anderen Fortbildungsschulen, die bis jetzt für diesen Zweck keine Beträge eingesetzt haben, auch dazu animiert werden, derartige Posten einzusetzen. Dem Referenten wäre es aber nicht möglich, an Ort und Stelle zu untersuchen, ob diese Erfordernisse in ihrer vollen Gänze oder auch nur teilweise begründet sind.

Bemerken möchte ich weiter noch, daß, wenn die Angelegenheit im Sinne der Anträge geregelt wird, von den 12 Fortbildungsschulen 10 eine höhere Subvention seitens des Landes erhalten als bisher; nur zwei Schulen bekommen etwas weniger und das ist die Fortbildungsschule in Hard, die bisher sehr gut bedacht war, kein großes Präliminare hat und 27% der Gesamtsumme vom Lande erhalten hat. Dann die Schule in Schrüns; bei der es jedoch nur 13 K ausmacht, was sie weniger bekommt. Diese beiden Schulen wären also ein wenig besser daran gewesen, als sie es nach dem im Berichte vorgeschlagenen Schlüssel sind. Aber, wie bemerkt, es bekommen fast alle Schulen einen höheren Betrag, was daraus hervorgeht, daß die Gewährung von 25 Prozent für das Land ein Mehrerfordernis von insgesamt 1300 K ausmacht. Größere Schulen, die tatsächlich recht große Auslagen haben, wie die Schule in Dornbirn, die die größte des Landes ist, die eine Zahl von 153 Schülern aufweist und ein Präliminare von 5846 K hat (allerdings mit einem Regiebetrage von 950 K), erhalten mehr. Bludenz hat auch eine große Schule, ebenso Feldkirch. Alle diese werden einen ziemlich wesentlichen höheren Beitrag als Subvention seitens des Landes bekommen als bisher. Und wenn die Handelskammer auch einen entsprechenden Beschluß fassen und ihre Beiträge prozentuell aufteilen würde, würden sie auch von der Handelskammer etwas mehr bekommen. Diese gibt bisher jeder Schule 100 K, ob sie nun eine große oder kleine Schülerzahl, ein größeres oder kleineres Erfordernis hat. Es

besteht aber auch dort die Absicht, diese Subventionen perzentuell aufzuteilen, so daß die größeren Schulen mehr bekommen würden.

Ungeachtet dieser Verkürzung, welche die kleineren Schulen erleiden, dadurch, daß sie von der Kammer nicht mehr die vollen 100 K bekommen, werden dieselben doch insgesamt nicht geringer, sondern besser bedacht werden als bisher.

Seitens der Statthaltereie und besonders seitens des Herrn Inspektors für gewerbliche Fortbildungsschulen Professor Gattinger ist sehr darauf gedrungen worden, daß ein perzentueller Schlüssel festgesetzt werde. Es wurde nahe gelegt, das Land möge einen 27%igen Beitrag festsetzen und die Handels- und Gewerbekammer einen 6%igen, also miteinander 33%, da auch der Staat für alle Schulen 33% ihres Erfordernisses beiträgt.

Es ist aber, z. B. auch in Tirol, darauf verwiesen worden, daß der Landesbeitrag über 25% nicht hinausgehen solle, und wir können auch nicht darüber hinausgehen. Die Handelskammer hat sich sehr dafür ausgesprochen, daß das Land einen höheren Beitrag leisten solle, sie selbst wird aber auch nicht mehr tun, als sie bisher getan hat, sondern ihren bisherigen Beitrag nur perzentuell auf alle Schulen aufteilen.

Der volkswirtschaftliche Ausschuß ist nicht in der Lage, einen höheren als 25% Prozentsatz zu beantragen und ich empfehle daher nochmals die verlesenen Anträge zur Annahme.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über Bericht und Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses die Debatte. —

Wenn sich niemand zum Worte meldet, schreite ich zur Abstimmung und ersuche alle jene Herren, welche dem Antrage des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wie er verlesen worden ist, ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von den Sitzen zu erheben. —

Angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Punkte unserer Tagesordnung,

dem Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses in Sachen der Förderung der Stidereiindustrie.

Ich erteile dem Berichterstatter in dieser Angelegenheit, dem Herrn Abgeordneten Professor Dr. Drexel, das Wort.

**Dr. Drexel:** Dasjenige, was ich zu sagen hatte, brachte ich in dem Berichte zu den Anträgen des volkswirtschaftlichen Ausschusses. In dem ganzen Wirkungskreise, der dem Landtage offen ist, zur Förderung der Stidereiindustrie, haben wir diejenigen Punkte herausgegriffen, bei welchen eine Förderung durch den Landtag einen praktischen Wert hat und, zurückblickend auf die vielen Jahre dieser Aktion, können wir heute schon mit Befriedigung deren Resultate konstatieren und beobachten.

Ich empfehle Ihnen daher diese Anträge des volkswirtschaftlichen Ausschusses, wodurch der Stidereiindustrie 20.500 K pro Jahr gewidmet werden. Freilich wichtiger wäre es, wenn der Landtag imstande wäre, dem Markt und der ganzen wirtschaftlichen Lage unserer Industrie aufzuhelfen und unter die Arme zu greifen. Aber dies liegt außer unserer Macht und wir können hier diese Mittel nur mit dem Wunsche diesen Kreisen zuwenden, daß nach dieser langen, harten Krise auch für diese so wichtige Industrie unseres Landes bessere Zeiten anbrechen.

Ich empfehle daher nochmals dem hohen Hause diese Anträge.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über Bericht und Antrag die Debatte. —

Es meldet sich niemand zum Worte, somit ist die Debatte geschlossen und ich schreite zur Abstimmung, und zwar, wenn keine Einwendung erhoben wird, über alle drei Anträge unter einem und ersuche alle jene Herren, welche diesen vorliegenden Anträgen ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben.

Angenommen.

Dieser Gegenstand ist erledigt und wir kommen zum letzten Punkte unserer Tagesordnung, zum

Berichte des Petitionsausschusses über das Gesuch des Komitees des pädagogischen Kurses in Innsbruck, um eine Subvention zu den Kosten der Drucklegung der Vorträge.



Berichterstatter in dieser Angelegenheit ist der Herr Abgeordnete Dekan Mayer. Ich ersuche ihn, das Wort zu ergreifen.

**Dekan Mayer:** Hohes Haus! Vom 10. bis 12. September dieses Jahres ist in Innsbruck ein pädagogischer Kurs abgehalten worden, an welchem laut Bericht 879 Personen teilgenommen haben, darunter auch viele Vorarlberger, hauptsächlich jedoch Tiroler, aber auch Leute aus fast allen anderen Kronländern. Alle Teilnehmer dieses Kurses haben übereinstimmend gesagt, es wäre sehr wertvoll, daß die Vorträge in Druck gelegt würden, weil außerordentlich Vorzügliches auf pädagogischem Gebiete geleistet wurde. Aber auch deswegen, weil die Teilnehmer selbst das Bedürfnis gehabt haben, den in den Vorträgen gebotenen Stoff für sich durcharbeiten zu können, und die Vorträge selbst Gemeingut aller werden, die an der Erziehung Interesse haben, der Lehrer, Katecheten, Erzieher und Eltern. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn ein solches Buch erscheinen würde, das möglichst billig abgegeben werden kann. Deswegen hat das Komitee sowohl an den Tiroler wie an den Vorarlberger Landtag ein Gesuch gerichtet, dieses Unternehmen durch Subventionen zu unterstützen, damit der Kursbericht möglichst billig, wenn möglich an die Teilnehmer gratis abgegeben werden könnte.

Der Petitionsausschuß hat sich aber sagen müssen, daß man sich darüber noch nicht klar sei, wie groß die Kosten der Drucklegung seien. Auch ist uns nicht bekannt, wie groß die Auflage, und nicht, wie groß die Subvention des Tiroler Landtages sein wird, auch nicht, ob dieses Unternehmen auch vom Staate unterstützt wird oder nicht.

Der Petitionsausschuß hat sich die Überzeugung verschafft, daß er einen Antrag auf Zahlung einer bestimmten Summe zu stellen nicht in der Lage sei, daß aber der Landesauschuß noch weitere Erhebungen pflegen und sich sowohl mit dem Komitee, als auch mit dem Tiroler Landesauschuße ins Einvernehmen setzen soll. Darum stellt der Petitionsausschuß folgende Anträge:

Der hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Dem Komitee zur Abhaltung eines pädagogischen Kurses in Innsbruck wird eine Subvention zur Ermöglichung der Herausgabe eines gedruckten Kursberichtes gewährt.
2. Der Landesauschuß wird beauftragt, in Sachen dieser Subvention noch weitere Erhebungen zu pflegen, und ermächtigt, auf Grund der Erhebungen die Höhe des Unterstützungsbeitrages zu bestimmen.“

Ich ersuche das hohe Haus, um Annahme dieser Anträge.

**Landeshauptmann:** Ich eröffne über den Bericht und die Anträge die Debatte. —

Es meldet sich niemand, somit schreite ich zur Abstimmung, und zwar über beide Anträge unter einem und ersuche alle jene Herren, welche diesen Anträgen ihre Zustimmung geben wollen, sich gefälligst von ihren Sitzen zu erheben. —

Angenommen.

Wir sind am Schlusse unserer heutigen Tagesordnung angelangt. Ich habe nur noch bekannt zu geben, beziehungsweise nochmals in Erinnerung zu bringen, daß heute nachmittags 2 Uhr eine Sitzung des volkswirtschaftlichen Ausschusses in der Form stattfindet wie vorgestern zu dem Zwecke, um die Herren Vertreter des Wasserkraftkomitees und des Zweckverbandes anzuhören in der Fortsetzung ihrer wegen vorgerückter Zeit das vorige Mal abgebrochenen Referate. Es werden Herr Bürgermeister Dr. Rinz und Herr Loader erscheinen und ich bitte alle Herren Abgeordneten, nicht nur die Mitglieder des volkswirtschaftlichen Ausschusses, an diesen Verhandlungen hier teilzunehmen und auch von der daran geknüpften Debatte Gebrauch zu machen.

Die nächste Sitzung, welche wohl die letzte in diesem Abschnitte sein wird, beraume ich auf morgen, 4. Oktober, 10<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr, vormittags, an, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des landwirtschaftlichen Ausschusses über den Voranschlag des Landeskulturrates pro 1914. (Beilage 34.).



2. Bericht des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Eingaben der Gemeinden Rieden und Dornbirn wegen Abänderung, beziehungsweise Festsetzung der Schlachthausgebühren.

3. Mündlicher Bericht des Finanzausschusses in Sachen der Verlängerung des Weinsteuergesetzes,

die ich mir etwa erlauben werde zu ergänzen, wenn noch etwas Material einlaufen sollte.

Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Wir sind in der Zeit ziemlich vorgerückt, die

Sitzung hat etwas länger gedauert, als ich am Anfang gedacht habe und deshalb möchte ich den Beginn der nachmittägigen Besprechung dem Wunsche einiger Herren zufolge auf  $\frac{1}{2}$  3 Uhr anberaumen und bitte den Herrn Abgeordneten Matter, die beiden anderen Herren gefälligst zu informieren.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten mittags.)